Donnerstag, 1 Februar 1923. Einzelnummer 100 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 25.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 2500.—
in den Ausgabestellen 2600.—
durch Zeitungsboten 2700.—
am Postamt . . . . 3000.—
ins Ausland 4600 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273. 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . . 100.— M. Reklameteil. 300.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 100.— p. M. „ Reklameteil 300.— p. M in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Die Steuerabsichten der Regierung.

Eine vom „Kurjer Poranny" wiedergegebene Unterredung eines seiner Mitarbeiter mit dem Vizeminister der Finanzen, Markowski, hatte folgenden Verlauf:

„Welche neuen Steuern sind geplant?" — „Wir kehren zuvor zum alten System zurück; man braucht nicht neue Steuern einführen, wenn man die alten vertiefen kann." —

„Worauf soll die Vertiefung beruhen?" — „Wir wollen die Steuern vereinfachen und auf die Vorkriegshöhe heben." Unser Steuersystem wollen wir auf die direkten Steuern stützen: auf die Grundsteuer, die Gebäude- und die Gewerbesteuer, auf die Kapital- und Rentensteuer und die Einkommensteuer."

„Worauf soll die Hebung der Steuern auf die Vorkriegsnorm beruhen?" — Damit die Grundsteuer der Vorkriegsnorm entspricht, muß sie auf das Achtzigfache erhöht werden. Gegenwärtig beträgt sie 120 M. pro Morgen, müßte aber 8000—9000 M. betragen. Vor dem Kriege betrug die Steuer ein Zehntel des Preises für einen Scheffel Roggen pro Morgen. Dasselbe muß sie auch heute betragen. Da der Scheffel Roggen 80 000—90 000 M. kostet, muß der Steuerpflichtige mithin 8000—9000 M. zahlen. Dasselbe betrifft die Gebäudesteuer. Vor dem Kriege zahlte der Landmann in dem damals russischen Teil Polens 1, 2, 3 Rubel, je nach der Größe der Wirtschaft. Heute zahlt er einige zehn Mark, während der Goldrubel einen Wert von 13 000 M. besitzt." —

„Und in den Städten?" — Die Stadtbevölkerung, die von Handel und Industrie lebt, wird zu größeren Leistungen zugunsten des Staates durch die Gewerbesteuer, die vollkommen umgearbeitet werden wird, herangezogen werden. Bisher ist das theoretische Einkommen der einzelnen Industrie- und Handelszweige nach einem bestimmten Schlüssel berechnet werden. Das hat Beschwerden und Reklamationen der Steuerzahler verursacht. Jetzt wird nicht das Einkommen, sondern der Umsatz berechnet. Der Steuersatz wird 2 Prozent betragen. Von dem bisherigen System behalten wir nur die Einteilung in Kategorien und den Auskauf der Gewerbescheine bei, die wir als Vorzahlung für die Umsatzsteuer behandeln werden. Zum Schluß die Kapital- und Rentensteuer. Diese Steuer spielt heute keine große Rolle; denn Kapitalien gibt es heute sehr wenig."

„Und die Einkommensteuer?" — „Die Einkommensteuer haben wir (in Kongreßpolen) zum ersten Male im vergangenen Jahre erhoben. In Ländern, in denen diese Steuer eine Neuheit ist, kann man unmöglich die Finanzen des Staates auf sie stützen. Wir behalten sie bei, werden sie aber nur auf die größeren Einkommen anwenden. In diesem Jahre wird sie nur von denjenigen erhoben werden, deren Einkommen im vorigen Jahre mehr als 2 Millionen Mark betrug. Nur die besser situierten Bevölkerungsschichten sollen zahlen. Mit der Zeit werden wir mit dieser Steuer immer weiter heruntergehen, ebenso wie es andere Staaten in ähnlicher Lage tun."

„Ist die Anwendung des Grundsatzes der Progression bei der Steuerbemessung geplant?" — „Die Progression, die bei der Erhebung der Einkommen- und Vermögenssteuer berechtigt und angebracht ist, läßt sich auf Sachsteuern nicht anwenden."

„Sieht die Regierung irgendwelche Mittel vor, die Erhebung der Steuern in entwerteter Valuta zu verhindern?" — Natürlich, wir werden den Sejm bitten, den Finanzminister oder den Ministerrat zu ermächtigen, die Steuersätze im Verhältnis zu den Getreidepreisen im Laufe des Jahres zu erhöhen."

„Welches sind die Absichten des Finanzministeriums auf dem Gebiete der indirekten Steuern?" — „Auf diesem Gebiete brauchen wir nicht mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie auf dem Gebiete der direkten Steuern. Wir müssen nur vom Sejm die Ermächtigung erlangen, daß die Steuer nach Maßgabe des Steigens der Preise für die besteuerten Artikel automatisch erhöht werden kann."

Der Geschäftsordnungsausschuß des Sejm

beriet am Montag den Entwurf der neuen Geschäftsordnung. Abg. Głąbiński beantragte, daß nur ein Abgeordneter polnischer Nationalität Sejmsenior sein dürfe. Der Antrag fiel durch, dagegen wurde ein anderer Antrag des Abg. Liebermann angenommen, wonach zum Sejmsenior nur ein Abgeordneter gewählt werden darf, der die polnische Sprache hinreichend beherrscht. Einen lebhaften Meinungsaustausch rief die Frage hervor, wie lange Diskussionen im Plenum während des Vorsitzes des Alterspräsidenten abgehalten werden dürfen. — Abg. Liebermann beantragte, daß es in dieser Diskussion gestattet sein solle, Fragen des Personalbestandes des Sejm zu berühren, namentlich Ereignisse der Nichtzulassung eines Abgeordneten in den Sejm durch seine Verhaftung und Verübung eines Gewaltaktes auf seine Person. Der Antrag wurde durch Stimmenmehrheit abgelehnt. Die Kompetenzen des Marschalls im Bereiche der Dringlichkeitsanträge erweiterte die Kommission in der Weise, daß obwohl ein Dringlichkeitsantrag mindestens von 60 Personen unterzeichnet werden muß, der Marschall berechtigt sein soll, einen Abgeordneten zur Begründung eines Dringlichkeitsantrages in Ausnahmefällen selbst dann zuzulassen, wenn auf dem Antrage die erforderliche Anzahl von Unterschriften fehlen sollte.

Ein Beschluß des Wilnaer Stadtparlaments.

Die Wilnaer Stadtverordnetenversammlung hat in einer ihrer letzten Sitzungen folgenden Beschluß zur Wilnaer Frage gefaßt: „In Erwägung dessen, daß die in den Grenzen der heutigen sog. neutralen Zone und etwas weiter, als diese künstliche und zufällige Grenze reicht liegenden Gebiete, die überwiegend von polnischer Bevölkerung bewohnt sind, einen Teil des zu Wilna strebenden Landes bilden, das früher zu den Wojewodschaften Troki und Wilna gehörte, ferner in Erwägung ziehend, daß dieses Land nicht nur historisch, sondern auch geographisch und wirtschaftlich nicht anders denn als untrennbarer und natürlicher Teil des Wilnaer Gebietes angesehen werden kann, protestiert die Wilnaer Stadtverordnetenversammlung gegen die Gewalttaten, die von litauischer Seite an der zu Wilna strebenden Bevölkerung verübt werden, und fordert die Abgeordneten und Senatoren des Wilnaer Landes auf, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit die Interessen Wilnas und des Wilnaer Landes dadurch zu wahren, daß sie mit aller Entschiedenheit verlangen, daß die ganze neutrale Zone mit dem hinter diese Zone reichenden Gebietsteil, der aber zu Wilna strebt und gleichfalls von einer polnischen Mehrheit bewohnt ist, dem Wilnaer Gebiet zugeteilt wird, was eine gerechte Grenzlegung zwischen Polen und dem litauischen Staat bedingt.

Die Stellung der deutschen Sejmfraktion zum Kabinett Sikorski.

Von der Deutschen Sejmfraktion wird uns mitgeteilt:

Im Vertrauen auf die Zusicherung des Ministerpräsidenten, daß sich fortab die polnischen Staatsbürger deutschen Stammes voller Gleichberechtigung erfreuen sollten, hatte die Deutsche Sejmfraktion geschlossen dem Votum zugestimmt, das dem Kabinett Sikorski die parlamentarische Stütze gab. Demgemäß hatte die Fraktion in weiterer Folge in der Kommission auch dem Budgetprovisorium zugestimmt, das dem Kabinett Sikorski die Mittel in die Hand gab, die Bedürfnisse des Staates für die nächsten Monate zu decken. Inzwischen mehren sich indessen die Stimmen, die sich für einen Wechsel in der Stellung der Fraktion zum Kabinett Sikorski einsetzen. Es erscheint daher nicht ausgeschlossen, daß die Fraktion im Plenum gegen das Budgetprovisorium stimmen wird. Der Umschwung der Meinungen wird damit begründet, daß sich irgendwelche praktischen Auswirkungen der programmatischen Erklärungen Sikorskis über die Behandlung der Minderheiten noch immer nicht erkennen lassen. Im Gegenteil scheinen die bekannten Verdrängungsmethoden gerade in den letzten Tagen noch eine Verschärfung erfahren zu haben. Haben doch Landkommissare, ohne den Ausgang schwebender Rechtsstreitigkeiten abzuwarten, wiederum Deutschen, die das polnische Staatsbürgerrecht besitzen, gewaltsam ihren Grundbesitz abgenommen, und das unter Formen, die auch vom Herrn Ministerpräsidenten als absolut unzulässig bezeichnet wurden. Man hat deutschstämmigen Ansiedlern mit ihrem Grundbesitz nicht nur die gesamten Wirtschaftsbestände einschließlich eben erst gemachter Neuanschaffungen abgenommen, sondern hat ihnen auch die Verfügung über ihre Wohnung entzogen und hat ihnen als notdürftigen Unterschlupf nur zwei Räume belassen. Das in einer Gemeinde, in der ein anderer Ansiedler unter sonst gleich liegenden Verhältnissen unbehelligt geblieben ist, weil er sich nach Auffassung der Behörden seines deutschen Volkstums entäußert hat. Also die eklatanteste Verletzung der bürgerlichen Gleichberechtigung. Ferner hat das Liquidationsamt die Liquidation von 8 größeren Besitzungen beschlossen (der Beschluß ist im „Monitor Polski" vom 26. Januar veröffentlicht worden), deren Besitzer teilweise bislang von den zuständigen Behörden als polnische Staatsangehörige angesprochen worden sind. Diese Maßnahme erscheint um so ungeheuerlicher, als ja die Frage der Staatszugehörigkeit erst durch den Völkerbund oder aber durch die deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden ihre abschließende Erledigung finden sollte. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß auch diejenigen Besitzer der Liquidationsobjekte, die bisher als deutsche Reichsangehörige angesprochen wurden, oder deren Staatszugehörigkeit zum mindesten zweifelhaft war, nach endgültiger Fixierung der maßgeblichen Normen als polnische Staatsbürger angesprochen werden. Auch bei diesen würde somit unter Umständen die Liquidierung ihres Besitztums nicht in Frage kommen.

Der Ministerpräsident hatte sich darüber beklagt, daß unter den Deutschen noch immer so mancher über die Grenze schiele. Was bleibt aber den Deutschen anderes übrig, wenn man sie noch immer nicht das polnische Staatsbürgerrecht, des vollen Schutzes seitens des Heimatstaates teilhaftig werden läßt, wenn sie noch immer gewärtig sein müssen, eines Tages durch die Behörden ihres Heimatstaates um ihre Existenz gebracht und zum Bettler gemacht zu werden? Was Wunder, wenn sie, in der Heimat Heimatlose, die Brücken nach Deutschland nicht ganz abbrechen; dürfen sie doch hoffen, daß sie dort als enterbte Flüchtlinge vielleicht ein bescheidenes Asyl finden würden.

Niewiadomskis Hinrichtung.

Warschau, 31. Januar. Eligjusz Niewiadomski ist heute früh um 6½ Uhr auf dem Glacis der Zitadelle erschossen worden.

Am Abend vor der Hinrichtung.

Warschau, 31. Januar. Niewiadomski hat gestern abend den Gefängnisgeistlichen zu sich, den Pfarrer Kurzyn, zu dem er während seiner Haft Vertrauen gefaßt hatte. Da jedoch Pfarrer Kurzyn gerade abwesend war (denn ursprünglich sollte N. erst am Morgen, unmittelbar vor der Hinrichtung, das Sakrament erhalten), wurde ein anderer Geistlicher zu Niewiadomski geschickt. Er blieb ungefähr zwei Stunden bei ihm. Niewiadomski beichtete und nahm das hl. Abendmahl. Nach dem Weggang des Priesters blieb Niewiadomski allein.

In Warschau

herrschte am Dienstag in der Bevölkerung eine krankhafte Spannung, die unter anderm darin zum Ausdruck kam, daß in einem der Theater während der Vorstellung ein Herr aus dem Publikum in einer Rede aufforderte, in feierlichem Zuge zum Präsidenten der Republik zu gehen und ihn nochmals um Gnade für Niewiadomski anzuflehen. Der Redner, ein Architekt namens Jan Bielecki, wurde verhaftet.

Ostpreußens Zugang zur Weichsel.

Die Mitte des Monats in Marienwerder eingeleiteten Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Regierungsvertretern über den Zugang der Bevölkerung von Ostpreußen zur Weichsel und über einen einheitlichen Deichschutz sind nach einer der Einholung von Meinungen der beteiligten Regierungen gewidmeten Pause in der vergangenen Woche in Posen fortgeführt worden. In der Frage des Deichschutzes ist es zu einer Verständigung gekommen. Ein Abkommen, das eine gemeinschaftliche örtliche Verwaltung zum einheitlichen Schutze des Deiches der Marienwerderner Niederung vorsieht, ist am 27. d. Mts. von dem Gesandten Dr. Eckardt und dem Spezialkommissar von Koczorowski unterzeichnet worden. Ueber dem Zugang der Bevölkerung von Ostpreußen zur Weichsel hat eine Einigung nicht erzielt werden können. Von den beiden Regierungen werden nunmehr gesonderte Vorschläge hierfür an den Botschafterrat in Paris zu richten sein, der gemäß dem Versailler Vertrag die Bestimmungen über den Zugang der ostpreußischen Bevölkerung zur Weichsel zu erlassen hat, und an die Stelle der von ihm bereits vorläufig getroffenen Bestimmungen an der Hand solcher Vorschläge eine endgültige Regelung zu setzen beabsichtigt.

Die historischen Beziehungen zwischen Deutschen und Polen.

Am vergangenen Sonntag fand in der Posener Universitätsbibliothek (fr. Kaiser Wilhelm-Bibliothek) der erste Vortrag der vom Westmarkenverband veranstalteten Vortragsreihe über verschiedene Probleme unseres Teilgebiets statt. Die vorgesehenen acht Vorträge werden sich bis Ende März hinziehen. Den Anfang machte am Sonntag Prof. Tymieniecki.

Als Thema hatte er sich die Beziehungen der Deutschen und Polen in der Vergangenheit gewählt. Der Redner sprach von dem deutschen „Drang nach dem Osten", den die deutsche Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts als geschichtlichen Prozeß betrachte, der mit der Regelmäßigkeit der Naturerscheinungen abnehme, um dann wieder zuzunehmen. Die Ruhepunkte seien Atempausen gewesen, um Kräfte für einen neuen Vorstoß zu sammeln.

Die erste Periode des Zusammenstoßes des deutschen Elements mit dem slawischen ist das 8. und 9. Jahrhundert. Die Deutschen haben als unmittelbare Nachbarn des römischen Staates über den Schauplatz der Geschichte betreten. Sie waren die Erben des römischen Staatswesens. Das deutsche Staatswesen war dann das Vorbild für die Slawen. Die schnelle Aneignung der höheren deutschen Organisationsform durch die Slawen zeugt nur von ihrer Lebenskraft und Entwicklungsfähigkeit.

Der Redner kommt dann auf die Periode zu sprechen, wo der Unternehmungsgeist des deutschen Ritters und Städters das Übergewicht des einen Volkes über das andere bestimmte. Der Grund dafür sei nicht die niedrige Stufe des polnischen Elements, sondern seine größere Ursprünglichkeit. In der Grunwaldschlacht sei der deutsche Druck auf lange Zeit pariert worden. In der nächsten Periode wendet sich die polnische Expansion dem Osten zu, um dort das zu gewinnen, was im Westen verloren worden war. Indessen gestaltete sich Deutschland zu einem neuzeitlichen Staat. Polen habe sich zu spät bemüht, denselben Weg zu beschreiten und sei deshalb unterlegen.

Dann kommt der Redner auf die Periode der Fremdherrschaft zu sprechen und sagte zum Schluß, daß die Geschichte davon zeuge, daß die geschichtlich älteren Deutschen gewöhnlich höhere soziale Lebensformen repräsentierten, während die Polen stets die Fähigkeit gezeigt hätten, sich diese Formen zu eigen zu machen, die die Entscheidung über die Entwicklung der Staatlichkeit und ihre Zukunft hätten.

Die polnische Eisenbahnverwaltung.

Die Reorganisierung des polnischen Eisenbahnwesens, eine Frage, die bereits wiederholt die Presse beschäftigte, hat nunmehr konkretere Formen angenommen. Der vom Eisenbahnminister berufene Dreierausschuß (Ing. Mikulski, Direktor der Warschauer Eisenbahndirektion, Ing. Prachtel, Direktor der Krakauer Direktion und Ing. Dobrzycki, Direktor der Posener Eisenbahndirektion) hat seine Arbeiten beendet und dem Minister Marynowski eine Denkschrift überreicht, die sich auf folgende Leitsätze stützt:

Der Ausschuß macht keine neuen Organisationsvorschläge und betont die gemeinsame Überzeugung, daß das ihm zur Beurteilung vorgelegte Organisationsprojekt durchaus dem Zweck entspricht, da seine Durchführung in allen drei Teilgebieten auf keine ernsten Schwierigkeiten stoßen wird und unseren ohnehin schon genug komplizierten Eisenbahnapparat keinen unnötigen Experimenten und den damit verbundenen schädlichen Erschütterungen aussetzt. Der Ausschuß wird in dieser seiner Überzeugung durch den Umstand bestärkt, daß eine längere Dauer der in den einzelnen Direktionen gegenwärtig bestehenden Sonderbedingungen zu ihrer weiteren Vertiefung führen muß und damit die Vereinheitlichung des polnischen Eisenbahnwesens immer mehr erschwert.

Die einzuführende Organisation darf im Laufe von 3 Jahren in keiner Richtung geändert werden. Erst nach Ablauf dieser Zeit darf an ihre erneute Prüfung herangetreten werden. Der Ausschuß stützt sich auf den Grundgedanken des Projektes, den grundsätzlichen Übergang der Eisenbahnverwaltung auf die Direktionen, die sie unter der direkten Oberleitung und Aufsicht des Eisenbahnministeriums führen sollen, und betont die Notwendigkeit, daß das Eisenbahnministerium entlastet und aller Arbeiten, die der eigentlichen Aufgabe des Eisenbahnministeriums Schaden bringen, unbedingt enthoben wird. Als Folge davon sieht der Ausschuß die Entlastung des Eisenbahnministeriums von allen Funktionen vollstreckender Natur für notwendig an. In der Erwägung, daß solcher Funktionen eine Menge verbleibt, die einigen

oder allen Direktionen gemeinsam sind, erklärt sich der Ausschuß für die dringende Notwendigkeit, die im Projekt vorgesehenen „Direktionen der gemeinsamen Interessen“ mit weitgehendsten Befugnissen zu bilden. Von dem Standpunkte ausgehend, daß die Führung von Einkaufszentralen durch die einzelnen Direktionen ständige Konkurrenz und Rivalisation und im Zusammenhang damit Preissteigerungen zur Folge hat und auf die Betriebskosten schädlich einwirkt, ferner in Erwägung ziehend, daß der größte staatliche Abnehmer, wie es die Eisenbahn ist, in bedeutendem Maße zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes und zur Hebung der Industrie beitragen kann, ist der Ausschuß zu dem einmütigen Schluß gekommen, daß die geplante Direktion der gemeinsamen Angelegenheiten vor allen Dingen den Einkauf sämtlicher Massenartikel, die von der Eisenbahn gebraucht werden, übernehmen und ihn verständig führen müßte. Außerdem müßte in den Tätigkeitsbereich der geplanten Direktion die Erledigung technischer und administrativer Angelegenheiten allgemeinen Charakters treten, wie z. B. die Ausarbeitung allgemeiner Vorschriften und Instruktionen für sämtliche Dienstzweige, die Prüfung der Güte der Materialien usw. Endlich müßten der Direktion die Disposition über den Fuhrpark und die Zentralverwaltung über die Hauptwerkstatt für die Ausbesserung der Lokomotiven zugeteilt werden.“

Wojewodschaft Schlesien.

Die Industrieausstellung in Kattowitz

wurde am Sonntag, dem 28. Januar, in Anwesenheit des Handelsministers Ossowski und des Chefs des schlesischen Departements im Ministerium für Handel und Industrie, Ing. Kiedron, sowie anderer Vertreter der Behörden, der Armee, des Parlaments, des Handels und der Industrie (auch aus dem Posener Gebiet) eröffnet.

Die Eröffnungsfeier vollzog sich nach einem vom Pfarrer Dr. Kubina zelebrierten feierlichen Gottesdienst in der Marienkirche im Ausstellungsraum des Katholischen Vereinshauses in der Letochastraße, wo die Textilindustrie, die Chemische, Möbel- und Lederindustrie ausgestellt haben. Hier ergriff zunächst Senator Kowalczyk, Präsident der Kattowitzer Handelskammer, das Wort, welcher dem Ministerium für Handel und Gewerbe warmen Dank aussprach, daß es sich mit aller Energie für das Zustandekommen der Ausstellung eingesetzt hat. Die Ausstellung wolle Schlesien und Polen, die bisher auf wirtschaftlichem Gebiet einander ziemlich fremd gegenüberstanden, näherbringen. Dieses schlesische Land, das an Naturschätzen so reich ist, soll die Industrieerzeugnisse, die es selbst nicht produzierte, aus Polen beziehen, während die Aufmerksamkeit der polnischen Gebiete auf die Fabrikate Schlesiens hingelenkt werden soll. Er hieß die Erschienenen im Namen der Schlesischen Handelskammer willkommen. Dr. Geisenheimer sprach im Namen des oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins den Willkommensgruß, indem er ein freudiges „Glück auf“ ausrief.

Vizewojewode Zurawski bewillkommnete die Erschienenen im Namen der Wojewodschaftsbehörde. Sodann sprach der Direktor der Ausstellung, Doermann, und nach ihm Kaufmann Nienkiewicz, als Vertreter der Kaufmannschaft von Warschau. Direktor Doermann sprach die Hoffnung aus, daß diese Ausstellung ein inniges Verhältnis zwischen Polen und Schlesien schaffen möge. Endlich nahm Minister Ossowski das Wort. Er dankte für die Begrüßungsworte, gedachte des Ministers Straßburger, der die Initiative zu dieser Ausstellung gegeben hatte. Der oberschlesischen Industrie sprach er seine Bewunderung aus; sie habe wahre Großtaten auf dem Gebiete der Technik vollbracht. Auf diesem oberschlesischen Boden lebt die Bevölkerung zweier Nationen, die sich untereinander verstehen und in Eintracht zusammenarbeiten muß. Die Zentralregierung in Warschau werde mutig und rücksichtslos darauf hinarbeiten, daß dieser gegenseitige Verständigungswille zum Nutzen der Allgemeinheit immer weitere Fortschritte mache. Nach der Ministerrede segnete Pfarrer Dr. Kubina die Ausstellung ein, worauf der Minister Ossowski durch die symbolische Durchschneidung eines vorgespannten Bandes die Ausstellung eröffnete.

Im ganzen sind 221 Kioske aufgestellt, in denen über 400 Aussteller ihre Produkte ausstellen. Im Vereinshause haben sich in den Parterreräumen die Textilindustrie, die Konfektionsindustrie, die Schuhfabrikation und Lederverarbeitungsbranche, ferner zwei Möbelfirmen niedergelassen. Hier springen auch dem Besucher die bekannten Namen einiger Tuchfirmen aus Bielitz und Lodz ins Auge, da ist der Bielitz-Bialaer Przemysl Sukienny, die Vereinigte polnische Wollwaren-Industrie Lodz, die Tomaschower Seidenfabrik, Nähseide A. B. C. Sabkiewicz-Posen, Teppiche einer Krakauer Firma. Von der Bühne lacht einem ein duftiges, luxuriös eingerichtetes Schlafzimmer der Firma Stanislaus Tymmek, Warschau, entgegen. In einem kleinen Sonderzimmer hat die Firma Gebr. Leksan, Kattowitz, gediegene Bureaumöbel ausgestellt.

In einigen Seitenräumen hat die Schuhindustrie und das Sattlergewerbe sich niedergelassen, weiter sind hier noch einige Konfektionsstände zu sehen. Unter anderem hat die Firma G. Goerlich in Teschen reizende Lederkunstwaren, Langfelder, Bielitz hat Anzüge und eine Bielitzer Weißwarenfirma, Vertreter Artur Schiller, Kattowitz, mannigfache Weißwaren ausgestellt.

In der ersten Etage hat sich die Chemische Industrie niedergelassen, und es liegen zur Schau aus vornehmlich Seifen aller Art, Zahnpulver, Farben, allerlei Apothekerwaren, Watte. Von den Firmen fallen durch besonders schön hergerichtete Stände auf: Barmer u. Flieger, Königshütte, mit Parfümeriewaren, Borita-A.-G., Zgierz, mit Farben und Neosalutan (Salvarsan-Ersatz), Erbuta, Posen, mit allerlei Extrakt-Pillen, Erbethym, die „Polfa“-A.-G. mit ihrer preiswerten Watte, vor allem mit der sogenannten Professor Eisenreichschen Watte, die diese Firma allein in Polen fabriziert, die Firma „Gloria“, Krakau mit künstlerisch bemalten Wachskerzen. Auch eine Spielwarenfabrik ist vertreten, die Firma „Teknon“ in Kobierzyn, die allerliebste Spielsachen in feiner Ausarbeitung zur Schau bringt. In den nächsten Räumen duftet es nach Schokolade und nach Marzipan. Da ist die „Erma“, Kattowitz der Gebrüder Martické mit allerlei Marzipanwaren, die auch die weltberühmten holländischen Korffs Hopjes anbietet, sodann die Warschauer Schokoladenfabrik Riese u. Pietrowski, die älteste Fabrik dieser Art in Warschau, die eine Fülle von Waren schön, ja künstlerisch geordnet zur Schau bringt; die Firma Werner, Zyranski u. Co., Warschau die erste Warschauer Konservenfabrik, stellt Marmeladen, Fruchtsäfte, Kompotte aller Art in einem ebenfalls recht angenehm auffallenden Kiosk aus. In den nächstliegenden Räumen haben sich die polnische Zuckerindustrie und verschiedene Nudelfabriken niedergelassen. Den schönsten Kiosk hat wohl die Zigarettenfabrik „Patria“, Posen, aufgebaut — orientalische Kunst en miniature — „Krakus“, Krakau, ferner Kasprowicz, Posen, und Winkelhausen, Posen, haben Liköre aller Art ausgestellt.

In der Abteilung C (Schulstraße) hat sich die Großindustrie niedergelassen, darunter viele oberschlesische Firmen während in der Abteilung B (Heinzelstraße) die verfeinerte Metallindustrie ihre Fabrikate ausstellt. Der Andrang zu den Ausstellungsräumen ist trotz des ungünstigen Wetters ein reger.

Zur Einführung des Tabakmonopols in Oberschlesien

wird der „Kattowitzer Zeitung“ aus Kreisen der Tabakhändler geschrieben:

Was für Folgen hat das Tabakmonopol jetzt schon in der Republik Polen gezeitigt? — in Großpolen (den früher preußischen Gebieten Posen) sind infolge der aus dem Monopol erwachsenen Erschwerungen des Handels und wegen des minimalen, vom Monopol bewilligten Händlernutzens zahlreiche Zigarrenhandlungen eingegangen, die Besitzer anderer haben sich anderen Branchen zugewandt, diese überfüllt und hierin ungesunde Konkurrenz erzeugt. Die Fabriken wiederum hatten durch Aufhebung des freien Handels starken Rückgang zu verzeichnen, der sich wieder in Arbeiter- und Beamtenentlassungen, teilweise sogar in vollständiger Einstellung äußerte.

In Kleinpolen mußte sich das Publikum bei Eintreffen der Fabrikslieferungen in den Trafiken unter Polizeiaufgebot dort anstellen und stundenlang auf Zuteilung warten, bis dann sehr schnell angeblich die ganze Lieferung verkauft war, während in Wirklichkeit nur ein Bruchteil zur Ausgabe kam und der größere Überrest zu Wucherpreisen an Straßenhändler und Kellner verschoben wurde. — Zurückzuführen ist diese traurige Erscheinung darauf, daß der polnische Händler — der dabei noch nicht die hiesige enorme Umsatzsteuer von 2 Prozent zu tragen braucht — mit dem monopolseitig bemessenen kargen Nutzen von 12 Prozent (Großhandel nur 3 Prozent) nicht auskommen kann.

Der oberschlesische Arbeiter aber ist heut nicht mehr so geduldig, sich stundenlang anzustellen und womöglich noch ohne Rauchmaterial abzuziehen. Die Ausdehnung des Monopols auch auf Polnisch-Schlesien bedeutet also außer dem Ruin zahlreicher Händler und Demoralisierung anderer eine Bedrohung der Volkswohlfahrt und Beunruhigung der Arbeiterschaft, während die Landesfinanzen bei dem zu erwartenden sehr geringen Absatz ohne nennenswerte Einnahmen bleiben.

Der Monatsverbrauch der Wojewodschaft Schlesien an Zigaretten dürfte mit 100 Millionen Stück (wahrscheinlich 125 bis 150) nur sehr niedrig geschätzt sein, was bei den gegenwärtigen deutschen Kleinhandelspreisen von 40 bis 60 Mark pro Stück und entsprechender Banderolensteuer von 8 bis 10 Mark am Stück eine Monatseinnahme von zwei Milliarden Reichsmark bedeuten würde, wenn Polen deutsche Zigaretten zollfrei hereinließe und nur die Inlands-Banderolensteuer davon erhöbe; — annähernd ebensoviel würde schätzungsweise für ferner noch einzuführende Zigarren, Rauch-, Kau- und Schnupftabake hinzukommen, ohne daß die polnische Industrie beeinträchtigt würde, die hierher nie geliefert hat. — Jetzt aber bezieht Deutschland diese enormen Summen aus den im Schmuggel hierher eingebrachten und unnötig banderolierten Rauchmaterialien.

Pressestimmen.

Die Bromberger „Deutsche Rundschau“ schreibt in einem Aufsatz unter der Überschrift „Nationale Kultur“: „Vor einigen Tagen wagte es ein Warschauer Bureau, für „die nationale kulturelle Arbeit in Oberschlesien“ unserem Verlag folgendes Schriftstück zu übersenden: „Unser Oberschlesien ist in den Schoß des Vaterlandes zurückgekehrt. Leider nicht ganz. Ein bedeutender Teil dieses Gebiets blieb infolge der Kurzsichtigkeit Englands und der Intrigen des uns ein Grab grabenden Judentums im Rachen des unersättlichen Kreuzritters, von dem unser Dichter Mickiewicz sagte: „Er hat schon viel gefressen, und nun sperrt er den Rachen auf unseren Rest auf.“ Können wir dieses Gebiet auf Gnade und Ungnade unserem ärgsten Feinde, dem Bundesgenossen des barbarischen Moskau, dem Urheber unserer Teilungen, dem zivilisierten barbarischen Preußen überlassen? Nein, niemals! Um also die verbrecherischen Absichten auf Erstickung des Polentums zu paralysieren, haben wir eine national-kulturelle Arbeit für Oberschlesien ins Leben gerufen und werden das Land der Piasten mit unseren polnischen Büchern, mit den Noten unserer nationalen Komponisten überschwemmen und dadurch der sich in den Schulen bildenden Jugend die Hand reichen. Um die Schulen, die die Schlesier unwürdigerweise lehren, Polen zu verschmähen und zu verachten, um die Einflüsse dieser höllischen Schule zu paralysieren, brauchen wir Mittel. Diese muß uns das Land geben, denn wir wären unwürdig der Unabhängigkeit, wollten wir die nicht im Auge behalten, denen der preußische Scharfrichter, der jüdisch-bolschewistische Bundesgenosse Moskaus, eine Grabstätte bereiten will. Wir appellieren also an euch, Landsleute, unsere Ziele zu unterstützen. Euer Verstand und eure polnischen Herzen sollten euch sagen, was ihr im gegenwärtigen Augenblick für Schlesien tun müßt.“ — Der Leiter des Bureaus für „nationale kulturelle Arbeit“, der einer führenden deutschen Zeitung in Polen dieses Machwerk übersendet, und sie um Spenden für seine „kulturelle“ Arbeit bittet, wagt es, offen seinen Namen zu nennen. Es ist der Rechtsanwalt Stanislaw Pelzan in Warschau, Chmielna 29. Wir können in diesem Zusammenhang nicht umhin, unserer Hauptstadt unser aufrichtiges Bedauern darüber auszudrücken, daß sie auch solche Bürger beherbergt.“

Die „Rzeczpospolita“ knüpft an die Politik Sikorskis gegenüber den Juden an und schreibt: „Die jüdischen Ankömmlinge sind mit wenigen Ausnahmen nicht als Opfer des Kommunismus und des bolschewistischen Terrors anzusehen. Der Zustrom der Juden nach Polen hat besonders in der letzten Zeit den Charakter einer planmäßigen Aktion, die zu unseren Ungunsten berechnet ist. Die russischen Juden kommen mit zuweilen beträchtlichen Geldmitteln zu uns, beherrschen den Handel, kaufen massenhaft Grundstücke in den Städten und Industrieanstalten und üben zugleich einen politischen Einfluß auf die polnischen Juden aus. Nirgends in Europa würde man solchen Tatsachen gleichgültig zusehen; um so weniger kann Polen, das ohnehin schon mit einem übermäßigen Prozentsatz an jüdischen Bürgern beglückt ist, solches dulden. Die uns von dieser Seite drohende Gefahr wird noch deutlicher, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß diese Ankömmlinge aus dem Osten ein moralisch verkommenes Element sind, und daß ihre Beteiligung am illegalen Handel mit Rußland, besonders mit Lebensmitteln, an Valutaspekulationen und am Preiswucher nur zu offenkundig ist. Und endlich verschärfen diese Flüchtlinge in sehr bedeutendem Maße die Wohnungskrise in den Städten und sind überhaupt für Polen ein wirtschaftlich und politisch schädliches Element.“

Die Lage in Memel.

Die Kriegsschiffe vor Memel.

Die „Gazeta Gdańska“ meldet aus Königsberg, daß seit einigen Tagen bei Memel folgende französische Kriegsschiffe kreuzen: Der große Panzerkreuzer „Voltaire“ mit 28 Geschützen, davon vier zu 30,5 cm; dann die Torpedoboote „Senegal“ und „Algerien“, ferner die beiden Avisoschiffe „Ailette“ und „Oise“. Außerdem befindet sich im Memeler Hafen das englische Kriegsschiff „Caldon“ mit 5 Geschützen zu 15 cm und 2 Geschützen zu 12 cm.

Keine Entwaffnung der Insurgenten.

Aus Königsberg wird gemeldet, daß das litauische Direktorium auf die Forderung der interalliierten Kommission, die sofortige Entwaffnung der Insurgenten durchzuführen, abgelehnt hat. Das Direktorium begründet seine Ablehnung mit Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages mit dem Oberkommissar Petisné.

Litauen und der Versailler Vertrag.

Das offiziöse „Echo“ in Kowno mokiert sich über die westeuropäische Auffassung, daß die Memeler Ereignisse eine Verletzung des Vertrages von Versailles bedeuten. Das Blatt freut sich, daß man in Ententekreisen für die Wahrung der Versailler Bestimmungen einzutreten beginne, nachdem sie in Wilna so gröblich verletzt worden seien. Und doch hätten die Memeler Aufständischen viel mehr das Recht auf ihrer Seite gehabt als Żeligowski in Wilna oder Korfanty in Oberschlesien. Leider werde aber immer wieder mit doppeltem Maß gemessen.

Strenge Pressezensur.

Die deutsche Presse in Memel steht noch immer unter strengster Zensur. Auch weiße Zensurlücken dürfen nicht gebracht werden.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(11. Fortsetzung.)

„Vorzüglich!“ lobte Fernleitner den Knecht. „Und wann beginnen wer mit dem Bau?“

„Wann ihr wollt!“ entgegnete Loisl. „Das Holz liegt nicht sehr weit von hier und kann jeden Tag herübergeschafft werden. Und so ein Blockhaus ist dann rasch zusammengezimmert.“

„Da gibt es Arbeit, Kinder!“ rief Fernleitner den anderen zu.

„Ich bin zu allem bereit!“ gelobte der Maler. „Aber jetzt möchte ich vor allem in meine Kammer geführt werden, auspacken, die Wäsche wechseln! Und dann — ich habe einen geradezu infernalischen Hunger!

„Es gibt Topfenstrudel mit Buttermilch!“ tröstete ihn Rösl, die jüngste der Sennerinnen, mit vielversprechendem Lächeln.

„Also vorwärts!“ kommandierte Fernleitner. „Ein jeder sucht jetzt seine Kemenate auf und kleidet sich um. In einer halben Stunde aber wird gespeist!“

Das einfache, ländliche Mahl schlang die ersten Bande um die, nach Lebensgewohnheit, Erziehung und Gesittung so grundverschiedenen Menschen. Die Sennerinnen bereiteten es auf dem großen Tisch vor ihrer Hütte, und Fernleitner sorgte mit weisem Vorbedacht dafür, daß an der Tafel von Anfang an bunte Reihe gebildet wurde. Und schon bald ergab es sich, daß trotz allem Unterschiede der Lebensformen und trotz einer gewissen Fremdheit der ersten Begegnung, das Verstehen seine Fäden um Städter und Dörfler wob. Als sich das Mahl seinem Ende zuneigte, beratschlagte man, was man am Nachmittag unternehmen wollte.

Volkner wäre am liebsten gleich wieder abgestiegen um die Studien zu seinem großen Bilde zu beginnen. Aber Fernleitner bat ihn, noch einen Tag zu bleiben und versprach ihm, am nächsten Morgen mit ihm den Gletscher zu besteigen und den Gipfel des Wilden Jägers.

Da mischte sich Loisl ins Gespräch: Ob man nicht Lust hätte, noch diesen Nachmittag über den Gletscher zum Gipfel aufzusteigen? Er hätte einen neuen Weg über das Gletscherfeld und auf den Hauptgrat des großen Bergabsturzes entdeckt, der bei weitem kürzer wäre als die sonst üblichen Anstiegsrouten. Und außerdem vermute er, daß gerade heute, wo leichte Föhnstimmung sei, eine Aussicht sein würde, wie selten im Jahr.

Alle stimmten freudig zu und machten sich, kaum daß das Mahl beendet war, mit Eifer daran, für die Hochtour zu rüsten.

Die Sennerinnen begleiteten sie ein Stück Weges und freuten sich an dem kindlichen Vergnügen, das Ruth Marlow an dem Gletscher fand, dem ersten, den sie sah in ihrem Leben.

Dann kehrten sie um, indes Loisl die Fremden auf frisch getretenem Steg quer über das Schneefeld führte, das hier und dort gewaltige Sprünge im sonst harten Eis und beängstigende Blicke in dunkle Tiefen aufwies. In der Mitte des Gletschers etwa ließ Loisl das Seil spannen und mahnte zu äußerster Vorsicht, da die Spalten immer mehr zunähmen bis man zu der großen Spalte käme, die das Sehenswerteste am ganzen Gletscher wäre.

Nun war Völker in seinem Element und erzählte, indes man langsam vorwärts drang, grausige Dinge von den ganz großen Gletschern, die auf dem Grund des Eises Wasserbecken hätten, in denen Menschen, die in die Gletscherspalte fielen, spurlos verschwänden, bis sie nach Monaten oder Jahren durch die Gletschermoräne wieder zum Vorschein kämen.

Der alte Loisl lächelte: so gewaltig wäre der Wildamgletscher nicht, auch hätte er keine Moräne, die den Abfluß sichtbar andeutete.

„Wohin kommt denn aber all das Wasser,“ forschte Fernleitner, „das sich von der Eisschmelze sammelt?“

„Das bleibt im Berg,“ erklärte Loisl mit leicht dialektisch gefärbtem Hochdeutsch. „Drum haben wir überall auf den Abhängen, vor allem aber auf der unteren Hochalm, die vielen Gletscherquellen. Und der Morast auf der unteren Hochalm wird auch durch Wasser aus dem Berg gespeist.“

„Dann ist Ihr Wilder Jäger aber eigentlich ein recht unheimlicher Berg!“ entgegnete Völker, „denn die Wasser, die sich zweifellos irgendwo sammeln und keinen genügenden Abfluß finden können doch einmal großes Unheil anrichten.“

„Inwiefern?“ fragte Ruth ängstlich.

„Indem sie zum Beispiel eines Tages plötzlich irgendwo zu Tage treten, ganze Hänge unterspülen, und so den schönsten Bergrutsch vorbereiten, den man sich denken kann.“

„Das haben sie schon einmal getan,“ berichtete Loisl voll geheimer Schauer. Als ich noch ein Kind war, hat sich ein ganzes Stück der unteren Hochalp losgelöst und ist mit den vielen Hütten, die darauf standen ins Tal abgerutscht, über die Wildeckwände weg, die Steilhänge hinab bis in den See.

„Mein Gott,“ versetzte Ruth mit leichtem Gruseln, „und in solch einer Gegend wohnt man noch! Wie leicht kann da eines Tages statt der unteren die obere Hochalm ins Rutschen kommen und mit uns allen hinab in den Wildsee stürzen!“

„Die obere Hochalm steht auf sicherem Grund!“ tröstete sie Loisl mit beruhigendem Lächeln. „Sie liegt fast ebenso hoch wie der Gletscher und kann von seinen Wassern nie unterspült werden. Und auch Lawinen können ihr nichts tun.“

Die aufgeregte Tänzerin beruhigte sich wieder und war eben im Begriff, ihre alte, harmlose Heiterkeit zurückzugewinnen, als man in die große Gletscherspalte kam.

(Fortsetzung folgt.)

Verschärfung der Lage im Ruhrgebiet.

Durch eine Verordnung des Generals Degoutte wird von Montag ab über das gesamte Ruhrgebiet der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist der Verkehr auf den Straßen verboten. Alle Versammlungen ohne besondere Genehmigung sind verboten, desgleichen alle Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter, sowie Vorstellungen in Theatern und Kinos, die die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährden.

Die allgemeine Lage.

Die Nachricht, daß schon am Sonnabend früh an der Ostgrenze des neubesetzten Gebietes eine scharfe Zoll- und Kontrollinie errichtet werden würde, wo die Franzosen neu einzuführende Zwischenzölle erheben und den gesamten Verkehr für das neubesetzte Gebiet kontrollieren würden, hat sich nicht bewahrheitet, aber wahrscheinlich hat nur der Termin für diese Ankündigung nicht gestimmt, die Vorausankündigung einer Sperre hat aber schon eine Reihe ziemlich schwerwiegender wirtschaftlicher Wirkung gehabt. Abgesehen davon, daß die Preise auch gestern eine neue Steigerung erfahren haben, so daß man heute wohl sagen kann, daß gegenüber dem Zustand seit Beginn der Okkupation überall wenigstens 150, in einzelnen Fällen bis 200 Prozent Preisaufschlag zu verzeichnen sind. Bis in die allerletzten Tage war der Güterverkehr ausschließlich des reinen Kohlenverkehrs immer noch sehr lebhaft. Gleichzeitig trafen von allen Seiten Waren für das neubesetzte Gebiet in großem Umfange ein, nicht zuletzt die großen Lebensmittelsendungen, die ja für die Bevölkerung hier dringend notwendig sind. Die Ankündigung hat nun einerseits die Zurückforderung vieler anrollender Transporte, andererseits die Nichtverfrachtung hier zum Versand bereitliegender Güter herbeigeführt. Der Bargeldverkehr des neubesetzten Gebietes ist nach wie vor unregelmäßig. Heute ist auch umfangreiche Post von Berlin eingetroffen, die zwei Tage lang ausgeblieben war. Schon seit gestern gehen von Essen aus weiter durchgehende Züge nach dem unbesetzten Gebiet. Die Kohlenförderung hat sich in den letzten Tagen wenig geändert, die Wagengestellung für Kohlen- und Kokstransporte nach dem unbesetzten Gebiet schwankt. Auch der Fernsprechverkehr zwischen den einzelnen Orten ist sehr unregelmäßig. Ebenso werden im Ortsverkehr der Fernsprechämter oft durch Eingreifen der Franzosen stundenlange Störungen verursacht. Die Überwachung vieler Behörden und Dienststellen hält unverändert an.

Brutales Auftreten der Franzosen in der Essener Post.

In Essen läuft noch das Ultimatum, das die ganze Beamtenschaft der Post dem französischen General gestellt hat. Vor einigen Tagen erschienen nämlich Offiziere im Briefzensurraum und verlangten Briefe zur Zensur. Die Herausgabe wurde verweigert. Darauf holten die Franzosen Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett und wiederholten unter Drohungen ihren Befehl. Im Briefträgersaal ließ ein Offizier sogar die Gewehre laden und entsichern. Darauf legten die Beamten die Arbeit nieder und verließen die Diensträume. Sie sind später zurückgekehrt und haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Alle „ungehorsamen“ Beamten sollen ausgewiesen werden.

Die französische Besatzungsbehörde hat angeordnet, daß alle Beamten, die sich den Befehlen der französischen Behörden nicht fügen, aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen werden sollen.

Die Franzosen vergrößern die Wohnungsnot.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Dortmund, daß die französischen Besatzungsbehörden von der Gemeinde Quartiere für Zollbeamte verlangt haben, der Magistrat aber das Verlangen abgelehnt hat, da die Bevölkerung unter einem katastrophalen Mangel an Wohnungen leidet.

Ein neues Attentat in Trier.

Am Sonnabend ist in der Weber-Bachstraße ein aus einer Wirtschaft heraustretender Arbeiter von einem Marokkaner erschossen worden. Die Erregung der Bevölkerung ist sehr groß. Die Lage hat sich in den letzten 24 Stunden wesentlich verschärft. So sind auch in Trier die Bestimmungen des Belagerungszustandes dahin verschärft worden, daß um 10 Uhr sämtliche öffentlichen Lokale geschlossen werden müssen.

Anwerbung von italienischen Arbeitern für das Ruhrgebiet.

Zwischen der französischen und italienischen Regierung sind Verhandlungen wegen Einstellung von italienischen Arbeitern für das neubesetzte Gebiet im Gange. Es sollen 30 bis 50000 Grubenarbeiter und einige tausend Holzarbeiter abgegeben werden. Gegenwärtig sind 2000 in Südtirol ausgesucht.

Bergarbeiterstreik im Saargebiet.

Im Bezirk Saarbrücken ist ein Bergarbeiterstreik auf wirtschaftlicher Grundlage ausgebrochen. Die Streikenden gehören dem christlichen Berufsverband an.

Versammlung der Betriebsräte.

Am Sonntag waren die Betriebsräte der Bergleute aus dem ganzen Ruhrgebiet in Hagen versammelt, um zur Lage Stellung zu nehmen. Man lehnt nach wie vor jeden Generalstreik ab und will die von den Bergarbeitern angenommene Abwehrstellung in gleichem Maße wie bisher beibehalten. Die Einführung der Frankenlöhnung wird entschieden abgelehnt und ausdrückliche Treue zur deutschen Republik gelobt. Schließlich sprach man sich noch gegen jeden Nationalismus aus und hob hervor, daß die Tätigkeit der Unternehmer in der Gegenwart besonders aufmerksam verfolgt werden müsse.

Zweite Inspektionsreise Le Troquers und Weygands

Der Minister für öffentliche Arbeiten, Le Troquer, und General Weygand sind Sonnabend abend sofort wieder in das Ruhrgebiet abgereist. Über die Gründe wird seitens der französischen Regierung strengstes Stillschweigen beobachtet. Bekannt geworden ist nur, daß die beiden auf ihrer Rückreise der belgischen Regierung Bericht erstatten werden. Beide werden von Ingenieuren und höheren Eisenbahnbeamten begleitet.

Zur Reise des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Le Troquer, und des Generals Weygand wurde am Quai d'Orsay bemerkt, die beiden würden Montag abend nach Brüssel reisen, um dort mit der belgischen Regierung über die im Ruhrgebiet zu treffenden Maßnahmen zu konferieren. Le Troquer und Weygand werden sich nur kurze Zeit in Brüssel aufhalten und von dort direkt nach Paris zurückkehren.

Zu den Gerüchten von der bevorstehenden Ernennung eines Generalkommissars wurde Dienstag abend an amtlicher französischer Stelle erklärt, die französische Regierung habe niemals an die demonstrative Schaffung eines mit ungewöhnlichen Vollmachten ausgestatteten Diktators gedacht. General Degoutte werde von den Berichten Le Troquers und Weygands über die Lage und die als erforderlich erkannten Maßnahmen Kenntnis erhalten und dann selbst zu entscheiden haben, ob er in der Lage sei, alle gewünschten Maßnahmen selbst durchzuführen oder ob die Ernennung eines Generalkommissars zu diesem Zwecke notwendig sei. Die Regierung wird dann dem Vorschlage Degouttes entsprechend entscheiden.

„So lange als notwendig.“

Poincaré hat heute nachmittag, wie in der Regel am Montag, der Reihe nach die englischen, amerikanischen und italienischen Pressevertreter empfangen. Er äußerte dabei wörtlich: „Frankreich wird so lange im Ruhrgebiet bleiben, wie es notwendig ist, aber keinen Augenblick länger.“ Poincaré versicherte, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten die Geduld Frankreichs auf keinen Fall erschüttern könnten.

Frankreich verletzt die holländische Neutralität.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet, daß die Franzosen in Mainz außer vielen deutschen Kohlenschiffen auch einige holländische Dampfer, die mit holländischem Personal und unter holländischer Flagge fahren, mit Beschlag belegt haben.

Frankreichs Furcht vor dem Völkerbund.

Poincaré hat bei dem Presseempfang offen zugegeben, Branting habe die deutsch-französische Spannung wegen der Reparationsfrage im Völkerbund zur Sprache bringen wollen, sei aber nach seiner Ankunft in Paris durch Viviani bestimmt worden, auf diese Absicht zu verzichten. Poincaré setzte hinzu, die Unterhaltung zwischen Branting und Viviani habe vor dem Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten am Quai d'Orsay stattgefunden. Branting habe also schon vor seiner Unterredung mit Poincaré auf seine Absichten verzichtet gehabt.

Die Haltung des Papstes.

Der „Petit Parisien“ meldet aus Rom, daß die Gerüchte, der Papst hätte auf ein Schreiben des Kölner Erzbischofs hin seine Vermittlung in der Entschädigungsfrage angeboten, dementiert werden. Es könne nur erwartet werden, daß der Papst in der nächsten Zeit einen neuen Friedensappell an die Völker richten wird.

Die Hilfe der internationalen Gewerkschaften.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, alle angeschlossenen Gewerkschaftszentralen zu ersuchen, dem Vorbild des niederländischen Gewerkschaftsbundes zu folgen, der den deutschen Arbeitern in ihrem Kampfe gegen die Besetzung des Ruhrgebietes ansehnliche Geldbeträge zur Verfügung stellen wird und bereits als erste Spende 150000 holländische Gulden bereitgestellt hat. Weiter hat das internationale Gewerkschaftsbureau beschlossen, in allen Parteien einen Druck auf die Regierungen auszuüben, damit der Völkerbund angerufen werde.

Spenden für das Ruhrgebiet.

Die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften haben 120 Millionen Mark gespendet. — Die Commerz- und Privat-Bank hat 200 Millionen gestiftet. — Das deutsche Rote Kreuz in Charlottenburg hat für die Bevölkerung des Ruhrgebiets 100 Millionen Mark und Lebensmittel gesandt.

Spenden der Auslandsdeutschen. Aus Südafrika sind dem Oberbürgermeister von Essen 60 Millionen telegraphisch zur Verfügung gestellt. — Die Deutschen von Argentinien haben als erste Rate eine Milliarde, die „Deutsche Zeitung“ in Sao Paulo (Brasilien) hat als vorläufiges Ergebnis einer Sammlung 140 Millionen Mark telegraphisch überwiesen.

Die politischen Bestrebungen Amerikas.

Eintritt in den Völkerbund?

Die wachsende Neigung der amerikanischen öffentlichen Meinung für den Eintritt Amerikas in den Völkerbund wird selbst von dessen unversöhnlichsten Gegnern im Senat als das Ergebnis der jüngsten europäischen Verwickelungen betrachtet. Die Anschauung, daß infolge dieser Verwickelungen wichtige Lebensinteressen der Vereinigten Staaten auf dem Spiele stehen, hat einen beachtenswerten Umfang angenommen. Die Erfüllung des Wunsches nach dem Eingreifen in Europa wird aber vorläufig noch durch die Isolierungspolitik verhindert, die gerade die jetzige Regierungspartei in den Wahlen von 1919 angeraten und sich zu eigen gemacht hat. Senator Borah hat deshalb bekannt geben lassen, daß er seine Propaganda zur Beilegung der europäischen Krisis durch Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz von neuem beginnen werde. Damit würde eine Diskussion der ganzen internationalen Politik im Senat verbunden sein, und das käme dem persönlichen Wunsche des Staatssekretär Hughes sehr entgegen.

Die demokratische Partei Wilsons unter Führung des Senators Robinson verlangt formell und öffentlich, daß Amerika an der Diskussion der Reparationsfrage teilnehme, und auf Grund ihrer ausgedehnten Propaganda beginnt sich heute halb Amerika bereits ernstlich die Frage zu stellen, ob nicht der beste Ausweg aus dieser Krise durch den Eintritt Amerikas in den Völkerbund gefunden werde. Die persönliche Ansicht Hardings ist aber, daß selbst bei einmütiger Zustimmung des amerikanischen Volkes zum Eintritt in den Völkerbund kein Ausweg aus einer derartigen Krise gefunden werde, wie sie Frankreich gegenwärtig durch die Aktion im Ruhrgebiet geschaffen hat. Harding ist überzeugt, daß durch Amerikas Eintritt in den Völkerbund nichts gewonnen würde. Er hat vorgeschlagen, daß diejenigen, die für irgend eine Aktion Amerikas in der Reparationsfrage oder in der Völkerbundsfrage sind, ihm einen ausführlichen Plan vorlegen, und hat gleichzeitig erklärt, daß jede vernünftige Anregung im Weißen Hause Beachtung finden werde. Aber in keiner Äußerung Hardings kann man bisher ein Anzeichen dafür sehen, daß die amerikanische Regierung irgend welche Schritte zu unternehmen beabsichtigt, die so ausgelegt werden könnten, als ob die amerikanische Regierung sich den beiden streitenden Parteien in der Ruhrfrage als Schiedsrichter aufdrängen möchte.

Noch keine Einigung betreffs der Schulden Englands.

Das „Petit Journal“ meldet aus London, daß Schatzkanzler Baldwin sofort nach seiner Ankunft eine Unterredung mit Bonar Law hatte. Den Vertretern der Presse, die ihm bis nach Southampton entgegengefahren waren, hat der Schatzkanzler Erklärungen abgegeben, nach denen er die Ansicht vertrete, daß die englischen Vorschläge von den Vereinigten Staaten nicht angenommen werden. Die Washingtoner Regierung ist der Ansicht, daß der Zinsfuß von 3 Prozent nicht genügt. Sir Baldwin erklärte wörtlich: Die Lage war durch die Diskussion, die sich gleichzeitig im Kongreß abspielte, außerordentlich verwickelt. Ich befand mich eine Zeitlang, besonders in den letzten Tagen meines Washingtoner Aufenthaltes, in der eigenartigen Lage, daß ich sozusagen direkt mit Kongreß und Senat, also mit dem amerikanischen Volk, diskutiert habe.

Baldwin schloß seine Erklärungen mit den Worten: Es hat keinen Zweck mehr, daß England weiter mit den Vereinigten Staaten verhandelt. Wir müssen die Bedingungen entweder annehmen oder ablehnen. Die Regierung möge das entscheiden. Ich weiß also selbst nicht, ob meine Reise ein Ergebnis gezeitigt hat oder nicht. Wir werden das nach dem Kabinettsrat erfahren, der einberufen wird, um die amerikanischen Gegenvorschläge zu prüfen.

Beginn der Tagung des Völkerbundsrates.

Erörterung von Danziger Fragen.

Unter dem Vorsitz Vivianis begann am Montag die Tagung des Völkerbundsrates in Paris. Die Verhandlungen über die Danziger Fragen werden Dienstag ihren Anfang nehmen. Am Sonnabend und Sonntag haben Vorverhandlungen unter Teilnahme von Vertretern des Generalsekretariats des Völkerbundes stattgefunden über Einzelheiten, die von den Danziger Vertreter-Journalisten gegenüber folgendermaßen formuliert wurden: Ernennung eines neuen Oberkommissars, die Finanzlage der Freien Stadt, Stellung des diplomatischen Vertreters der Republik Polen in Danzig, Danzigs Teilnahme an zwischenstaatlichen Zusammenkünften, die Danziger Polizei.

Da für die weitere Entwickelung der Freien Stadt auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet, insbesondere auch für ihre Selbständigkeit die Regelung ihres Verhältnisses zur Republik Polen von ausschlaggebender Bedeutung ist, so sind es vor allem zwei Gesichtspunkte, die für die Neuwahl in Frage kommen müßten, erstens die Staatsangehörigkeit des neuen Kommissars, zweitens seine persönlichen Eigenschaften, sein Beruf, seine bisherige Tätigkeit, Sprachkenntnisse usw. Die Finanzlage der Freien Stadt gestalte sich mit jedem weiteren Fallen der deutschen Mark immer schwieriger. Es ist darauf gedrungen worden, daß ein Gutachten erstattet werden sollte. Dieses ist inzwischen zustande gekommen und hat dahin gelautet, daß die Freie Stadt die Einführung einer anderen Währung in Erwägung ziehen sollte. Zur vorläufigen Behebung der Schwierigkeiten sollte sie die Ausgabe von Schatzwechseln in fremder Währung versuchen. Gleichzeitig hat der Völkerbundskommissar in Danzig den Rat darauf hingewiesen, daß die Freie Stadt durch die ihr auferlegten Gründungskosten in ihrer finanziellen Bewegungsfreiheit außerordentlich schwer behindert sei. Der Kommissar hat erreicht, daß der Rat beschlossen hat, der Botschafterkonferenz eine Stundung dieser Beträge anzuempfehlen. Der Wiedergutmachungsausschuß, der für die unter 1 und 2 genannten Posten zuständig ist, hat inzwischen eine teilweise zwölfmonatige Stundung beschlossen. Der Rat wird in seiner diesmaligen Tagung außer zu dem noch unerledigten Plan einer Währungsänderung auch zu neuen Anträgen an die Botschafterkonferenz auf Erlaß oder Stundung der restlichen Kosten Stellung nehmen.

Gegen die Danziger Polizei ist gelegentlich eines Zwischenfalls im vorigen September zwischen Danziger Arbeitern und französischen Matrosen eine große Hetze in Gang gebracht worden. Man hofft in Danzig, daß nunmehr, nachdem alles in dieser Frage gründlich geklärt ist, Frankreich nicht mehr auf einer Umwandlung der Danziger Polizei bestehen wird, oder wenn diese erfolgt, daß dann der Rat des Völkerbundes seinem Kommissar mit seinem unparteiischen Urteil über die Danziger Polizei mehr Glauben schenken wird, als einer stark gefärbten Darstellung der französischen Propaganda.

Vertagung der Konferenz von Lausanne.

Es steht nun fest, daß die Orientkonferenz am Donnerstag oder Freitag vertagt wird, und zwar wahrscheinlich um drei bis vier Wochen. Der Friedensvertrag liegt den einzelnen Delegationen, außer den türkischen, bereits vor. Er enthält in der schwierigsten Frage, den Kapitulationen, wichtige Konzessionen. Die Alliierten erkennen die Rechtsprechung der türkischen Gerichte auch für die Ausländer sowohl in Zivil- wie in Strafsachen an und fordern nur, daß Gefängnisstrafen von Ausländern in deren Heimatländern verbüßt werden sollen. Trotz dieses Entgegenkommens aber erklären die Türken, den Vertrag, der ihnen morgen offiziell zugestellt wird, nicht unterzeichnen zu können.

Vorläufig noch kein Kriegsausbruch.

An den Ausbruch eines englisch-türkischen Krieges oder auch nur eines griechisch-türkischen Krieges glauben Kenner der Verhandlungen, die hinter den Kulissen fortgesetzt werden, nicht. Sie halten es für gut, daß Ismed Pascha eine mehrwöchige Frist gegeben wird, um die nationalistischen Gemüter in Angora zu beruhigen. Immerhin unterschätzt man nicht die Gefahr eines solchen Zustandes der fortdauernden Rüstungen der griechischen und der türkischen Armee. Ismed Pascha verläßt mit seiner Delegation Lausanne am gleichen Tage wie Lord Curzon, wahrscheinlich am Freitag. Mit einer zustimmenden Antwort aus Angora rechnet man in der Umgebung Ismed Paschas nicht mehr.

Spaltung innerhalb der türkischen Delegation.

Wie der Korrespondent der „Danz. Ztg.“ erfährt, bestand innerhalb der türkischen Delegation ein Konflikt. Die friedlichere Richtung wurde zuletzt von Ismed Pascha fast allein vertreten, während die von Anfang an unnachgiebige Richtung in der türkischen Delegation in der allerletzten Zeit Verstärkung durch ausländische Versprechungen erhalten zu haben scheint. In Kreisen der englischen Delegation hält man es für nicht ausgeschlossen, daß gewisse französische Einflüsse den Türken den Rücken gestärkt haben könnten.

Offizielle Warnung Frankreichs an Kemal Pascha.

Die französische Regierung hat, wie aus Paris berichtet wird, durch ihren Kommissar in Konstantinopel den dortigen Vertreter Mustafa Kemal Paschas auf die Gefahren aufmerksam machen lassen, denen die Türkei sich aussetzen würde, falls die Konferenz von Lausanne einen negativen Ausgang hätte. Frankreich gibt der Türkei gleichzeitig zu bedenken, wie große Zugeständnisse ihr in Lausanne bewilligt worden seien. Das Gerücht, Poincaré habe Mustafa Kemal Pascha persönlich in einem Telegramm um Annahme der Friedensbedingungen ersucht, wird am Quai d'Orsay als falsch bezeichnet.

Warnung Poincarés an England.

Poincaré äußerte sich über den Abbruch der Konferenz von Lausanne sehr pessimistisch und betonte, daß England eine große Verantwortung auf sich lade, falls es der Wiederaufnahme von Feindseligkeiten im Orient nicht vorbeuge. Poincaré deutete an, daß die Engländer die Schwierigkeiten eines Krieges gegen die Türken vielleicht unterschätzen und diese Eventualität etwas zu leichtfertig ins Auge fassen.

Der rumänisch-ungarische Konflikt.

Das „Petit Journal“ meldet, daß auf Grund von Telegrammen aus Budapest das Gerücht verbreitet ist, daß Rumänien bedeutende Truppenzusammenziehungen an der ungarischen Grenze vornehme. Zwischen Szathmar und Arad sind vier Divisionen aufgestellt. Die Truppen bestehen meist aus Soldaten Altrumäniens, während Truppenteile aus dem im Friedensvertrag annektierten Gebiete an die beßarabische Grenze verlegt worden sind. Der ungarische Ministerpräsident hat an die Alliierten eine eilige Note gesandt, um ihre Aufmerksamkeit auf diese rumänischen Truppenzusammenziehungen zu lenken.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer: für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: [illegible] — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Bücher und Zeitschriften.

Für unsern Leserkreis empfehlen wir zur Anschaffung:

Dux, Die Kartei des Kaufmanns mit 21 Abbildungen und Vordrucken.
Witte u. Graetz, Wie lerne ich schneidern. Prakt. Lehrbuch zur Selbstanfertigung der Damen- und Kinderkleidung.
Wimer, Trümmer, Ein deutscher Roman.
Kommentar zum Neuen Testament aus Talmud und Midrasch.
v. Strack u. Billerbeck, I. Evangelium d. Matthäus.
Herwig, Jan v. Werth. Ein Reiterroman.
Demuth, Der junge Tod. Roman.
Vollmöller, Schein.
Kliche, Die Aufrechten. Ein Kulturroman aus der Gegenwart.
Glockemeier, Werden und Vergehen von Staaten.
Ostermann, In Ihm war das Leben. Ein Jahrg. Predigten (evangel).
Betke, Der kaufmännische Stil.
v. Sell, Die Gylfens. Roman.
Eick, Kaufmann sei stolz.
De Laclos, Gefährliche Freundschaften. Einfache Ausg.
Drews, Der Herrgottschulze. Roman.
Burg, Hexe. Ein heiterer Harzroman.
Kapp, Das Opernbuch. Eine Geschichte der Oper und ein musik. dramat. Führer durch die Repertoiropern.
Schaffner, Johannes. Roman einer Jugend.
Dethe, Empor. Worte deutscher Zuversicht.
Havenstein, Vornehmheit und Tüchtigkeit.
Schabert, Märtyrer. Der Leidensweg der baltischen Christen.
Bliss, Die Erbschaft. Schwank in 1 Akt und 6 Rollenbücher.
Hahn, Meyer beim Zahnarzt od. der 1. April. Schwank in 2 Bildern und 4 Rollenbücher.
Vanderlip, Was aus Europa werden soll?
Brockdorff, Gr. Blutransch. Eine Liebesgeschichte aus dem Roten Rußland.
Lent, Die Witwe von Nymweg. Roman.
Herold, Die vom Walddorfe. Roman.
Braun, Ein deutscher Prophet.
Brunn, Oanda. Roman.
Schäfer, Die 13 Bücher der deutschen Seele.
Klemm, Aus Enge und Weite.
Koch, Jungfer Ursel.
Mader, Orangehof.
Rudert, Die Stadt des Schweigens

Zeitschriften:

Neue Musikzeitung von Dr. Holle.
Die Woche.
Daheim.
Velhagen u. Klasing's und Westermann's Monatshefte.
Europäische Modenzeitung.
Für's Haus.
Deutsche Jägerzeitung.
Die Lehrerin, Organ des allgemeinen deutschen Lehrerinnenvereins.
Die Gartenlaube.

Bestellungen

auf obige Werke und Zeitschriften bitten wir an uns direkt zu senden.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in ....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Februar 1923

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Die Verlobung ihrer Tochter **Margarete** mit dem Rittergutspächter Herrn **Werner Tieman** zeigen ergebenst an

Wilhelm von Lewinski u. Frau
Margarete, geb. Treskow.

Elsenau, im Januar 1923.

Meine Verlobung mit Fräulein

Margarete von Lewinski

zeige ich ergebenst an

Werner Tieman.

Strykowo, Januar 1923.

Verein Deutscher Sänger.

Volkstümliches Konzert

am Sonntag, dem 4. Februar 1923, nachm. 5 Uhr im großen Saale des Evangel. Vereinshauses.

Mitwirkende:

Konzertsängerin **Erika Biging-Mann** (Sopran). — Am Flügel: Frau Moos.
Konzertmeister: **Bernhard Ehrenberg** (Violine). — Am Flügel: Frl. Schultheiß
Lehrer und Kantor **Georg Hoffmann, Sroda** (Klavier).
Leitung: Liedermeister **Walther Kroll.**

Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind in der **Ev. Vereinsbuchhandlung,** Wjazdowa 8 erhältlich.
Freunde u. Gönner des Vereins herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Ankäufe u. Verkäufe

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch, den 31. 1., abends 7½ Uhr: **„Madame Butterfly“,** Oper von Puccini. Vorletztes Gastspiel Jadwiga Dębicka.

Freitag, den 2. 2. nachm. 3 Uhr: **„Hänsel und Gretel“,** Märchen-Oper von Humperdinck. (Preisermäßigung 50%).

Freitag, den 2. 2., abends 7 Uhr: **„Die Entführung aus dem Serail“,** Komische Oper von W. A. Mozart. Letztes Gastspiel von Jadwiga Dębicka.

Sonnabend, den 3. 2., abends 7½ Uhr: **„Die Jüdin“,** Oper von Halevy.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 31. Januar.

Paßangelegenheiten.

Das Deutsche Konsulat Thorn teilt mit:

Vom 1. Februar d. Js. werden die Kreise Graudenz Stadt und Land, sowie Culm in Paßangelegenheiten dem Bereich des Deutschen Konsulats in Thorn zugeteilt. Von diesem Zeitpunkt sind daher sämtliche Anträge der in diesen Kreisen ansässigen Personen wegen Ausstellung von Pässen, Personalausweisen oder Sichtvermerken zu Reisen nach und durch Deutschland an das Deutsche Konsulat in Thorn, Paßabteilung, zu richten.

Neueinrichtung einer Bezirks-Arbeitsinspektion für ganz Pommerellen.

Durch Verordnung des Ministerrats werden zur Regelung von Streitigkeiten zwischen Landbesitzern und Landarbeitern und anderen Fragen der Arbeitsvermittlung im Gebiet der Wojewodschaften Posen und Pommerellen einheitliche Organe unter dem Namen „Arbeitsinspektoren" geschaffen. Die Durchführung der Neueinrichtung von Bezirks-Arbeitsinspektionen im Gebiet der Wojewodschaft Pommerellen ist dem Leiter der Abteilung für Arbeit und soziale Fürsorge beim pommerellischen Wojewodschaftsamt übertragen worden. Ihm ist auch die Ausübung der Amtsgeschäfte eines Bezirks-Arbeitsinspektors anvertraut. Im Zusammenhang mit der Neuordnung werden aufgelöst: Das Haupt-Arbeitsinspektorat in Thorn die landwirtschaftlichen Arbeitsinspektionen in Thorn. Strasburg Graudenz, Konitz Dirschau und Neustadt, sowie die Gewerbeinspektionen in Thorn Graudenz, Konitz und Stargard.

Dafür wird das Arbeitsinspektorat, Bezirk IX in Thorn für das Gesamtgebiet Pommerellens eingerichtet. Der Bezirk zerfällt in vier Unterbezirke: Unterbezirk 59. Sitz in Thorn (Marktstr. 70 1 Treppe), umfaßt die Stadt Thorn und die Kreise Thorn, Briesen, Strasburg und Soldau; Unterbezirk 60 Sitz in Graudenz, umfaßt die Stadt Graudenz und die Kreise Graudenz, Schwetz, Kulm, Löbau und Tuchel; Unterbezirk 61. Sitz in Neustadt, umfaßt die Kreise Neustadt, Putzig, Karthaus und Berent; Unterbezirk 62 Sitz in Stargard, umfaßt die Kreise Stargard, Dirschau, Mewe, Konitz und Zempelburg.

Der Kampf gegen das Wucher- und Schiebertum.

Der Wojewode von Pommerellen hat an sämtliche Starosten und Stadtpräsidenten der Wojewodschaft ein Rundschreiben erlassen, in dem er sie auffordert, den Kampf gegen das Wucher- und Schiebertum auf das strengste durchzuführen. Die der Wojewodschaft unterstellten Behörden sind angewiesen, monatliche Berichte mit Angabe der Namen der Schuldigen und der Höhe der gegen sie verhängten Strafen einzureichen. Die Wojewodschaft hat neuerdings ein eigenes Dezernat für den Kampf gegen das Schieber- und Wucherwesen eingerichtet. Die Schuldigen unterliegen strenger Bestrafung.

Ein Fünfmilliardendiebstahl.

Die Eigentümerin Josepha Kovańska, wohnhaft in Schröttersdorf, Promenadenstraße 4, machte der Kriminalpolizei in Bromberg die Anzeige, daß ihr auf dem Wiener Bahnhof in Warschau ihre Handtasche mit einem Inhalt von weit über fünf Milliarden Wert gestohlen worden sei. Es befanden sich in der Handtasche: 160 000 Dollars und 100 000 Polenmark bares Geld, ein goldener Kneifer mit Kette im Werte von 15 Dollars, zwei Ringe im Werte von 300 Dollars Hypothekenbriefe auf das Grundstück Promenadenstraße 4 im Werte von 20 Millionen Mark polnisch ferner Abschriften von Auflassungspapieren und in Amerika auf den Namen Kovańska ausgestellte Ausweispapiere. Die Bestohlene, aus Amerika hierher übergesiedelt, erleidet nach ihrer Angabe, abgesehen von den Hypothekenpapieren, die dem Diebe nichts nützen, einen Schaden von 160315 Dollars und 100000 Polenmark. Im polnischen Gelde beträgt der Gesamtschaden bei einem Dollarstande von 35000 also 5 Milliarden 611 Millionen Mark.

Zum Schülerpensionspreis.

Der Schriftleitung des „Pos. Tagebl." ging folgende Zuschrift zu:

Die Pensionsinhaberinnen der Stadt Posen werden es zweifellos begrüßen, daß sich die Eltern der Schüler aus der Provinz, wie die Zuschrift an das „Pos. Tagebl." in Nr. 21 beweist, mit den nach dem Roggenpreise festgesetzten Pensionssätzen beschäftigen und selbst nachprüfen, ob die angegebene Durchschnittssumme von 4 Zentnern Roggen gerechtfertigt ist. Das Bild, das in dieser Zuschrift von unserer wirtschaftlichen Lage entworfen ist, stimmt jedoch nach zwei Richtungen hin mit der Wirklichkeit nicht überein, einmal was den Pensionspreis für den Monat Januar selbst betrifft, zum andern, was die augenblicklichen Preisverhältnisse anbelangt.

In der Besprechung der Pensionsmütter am 16. Januar ist beschlossen worden, für den Monatspreis die jeweilige Roggennotierung am 15. maßgebend sein zu lassen. Das war im Januar 35 000 M. Eine Schülerpension, die 4 Zentner Roggen beträgt, kostet danach im Januar 140 000 M. Demgegenüber sind die Lebensmittelpreise in jedem einzelnen Falle bereits seit 14 Tagen erheblich höher, als der Einsender annimmt. Folgende Aufstellung, die nach den Besprechungen der Pensionsinhaberinnen als monatlicher Durchschnittsverbrauch an Lebensmitteln für einen Schüler errechnet und seit langem für die Festsetzung der Pensionspreise benutzt worden ist, wird klar ergeben, was heutzutage der tatsächliche Bedarf eines Pensionärs ist:

30 Pfund Brot (zu 600 M.)	18 000 M.
35 Pfund Kartoffeln (zu 40 M.)	1 400 M.
6 Pfund Fleisch (zu 4000 M.)	24 000 M.
2½ Pfund Speck (zu 4600 M.)	11 500 M.
2 Pfund Butter (zu 5000 M.)	10 000 M.
1½ Pfund Aufschnitt (zu 600 M.)	9 000 M.
4 Pfund Mehl und Teigwaren (zu 1500 M.)	6 000 M.
1½ Pfund Zucker (zu 1150 M.)	1 725 M.
10 Pfund Gemüse (zu ca. 150 M.)	1 500 M.
3 Pfund Obst (zu ca. 400 M.)	1 200 M.
7 Eier (zu 200 M.)	1 400 M.
1 Liter Milch	650 M.
1 Pfund Marmelade	1 500 M.
Nebenausgaben (Tee, Kaffee, Gewürze, Heringe, Käse usw.) etwa	12 000 M.
	99 875 M.

Rund 100000 Mark kostet demnach allein die Ernährung eines Schülers, womit die Ausgaben für seine Pension durchaus nicht erschöpft sind. In einer sechsköpfigen Familie wurde im Januar durchschnittlich 60000 Mark für Gas, etwa ebensoviel für elektrisches Licht gezahlt. Die Wohnungsmieten sind zum großen Teil schon auf das 200—300fache des Friedenspreises gesteigert, wobei die Nebenkosten für Hausbereinigung und Beleuchtung und der Wasserzins noch fehlen. Eine Waschfrau beansprucht heute neben voller Verpflegung 5000 Mark am Tage und die Kosten für die Straßenbahn! Diese Beispiele ließen sich noch bedeutend vermehren. Die Ausgaben des Haushaltes, an denen der Schüler teilnimmt, sind damit noch nicht erschöpft, und die Frage, wo eine Entschädigung für die Pensionsmutter bleibt, ist noch nicht einmal angeschnitten. Jedenfalls dürfte aus dem Gesagten bereits hervorgehen, daß die Forderung des Gegenwertes von 4 Zentnern Roggen monatlich durchaus gerechtfertigt ist. Selbstverständlich legt die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse denjenigen Eltern, die nicht über ein auf Roggenpreisen aufgebautes Einkommen verfügen, schwere Sorgen auf. Das ist auch von den Pensionsinhaberinnen stets anerkannt worden, und hat sie vor Preistreiberei bewahrt. Ein Ausweg aus diesem Zwiespalt ist nur zu finden, wenn sich die zahlungskräftigsten Deutschen zum Ausbau eines großzügigen Stipendienwesens zusammenfinden, damit aus Mitteln der Allgemeinheit auch den Minderbemittelten die sachgemäße Erziehung ihrer Kinder ermöglicht wird.

Der Postdienst am Tage Mariä Lichtmeß. Am Freitag, dem Mariä Lichtmeßtage, werden von den Postämtern nur Telegramme, Avisen für Ferngespräche Eilsendungen jeglicher Art und Pakete mit lebenden Tieren und schnellverderbbarem Inhalt zugestellt. Der Schalterdienst findet wie an Sonntagen statt.

Der „Ingenieur"-Titel ist fortan in Polen geschützt. Eine neuerdings erlassene Ministerialverfügung bestimmt, daß zur Führung des Titels „Ingenieur" nur solche Personen berechtigt sind, die eine entsprechende abgeschlossene Vorbildung auf einer technischen Mittel- oder Hochschule nachweisen können. Wer gegen diese Bestimmungen verstößt, kann wegen unbefugter Beilegung eines Titels gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Die Zahl der Arbeitslosen in Polen hat am 1. Januar d. Js. 75 262 betragen. In der Wojewodschaft Posen hat diese Zahl in letzter Zeit erheblich zugenommen und beträgt jetzt 6200, was u. a. auch auf die Beendigung der Zuckerkampagne zurückzuführen sein dürfte.

Schonzeit für Birkhühner. Der Verwaltungsgerichtshof (fr. Bezirksausschuß) für die Wojewodschaft Posen hat folgendes verfügt: „Auf Grund des § 40 des Fischfanggesetzes vom 15. Juli 1907 und des § 117 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 verbleibt für das Gebiet der Posener Wojewodschaft der 1. Februar der gesetzliche Termin für den Beginn der Schonzeit für Birkhühner, Haselhühner und Fasanen.

Eine Geflügel-Ausstellung findet vom 2.—4. Februar d. Js. in Poznań, ul. Tatrowskiego 129 (früher Gr. Berlinerstr.) statt. Nach den eingegangenen Anmeldungen der Züchter sowie Interessenten verspricht die Ausstellung allen Anforderungen der Besucher genügen zu können.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein für Großpolen unternimmt bei anhaltendem Frost am Freitag (Mariä Lichtmeß) einen Winterausflug in die Wälder von Unterberg. Abfahrt 8,30 Uhr nach Marienberg. Gäste sind willkommen.

Die Deutsche Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung in Posen veranstaltet am Sonnabend, dem 3. Februar, abends 7½ Uhr, bei Fiedler, Górna Wilda 47 (fr. Kronprinzenstraße), ein Fastnachtsvergnügen. Nur Mitglieder und deren Angehörige, sowie geladene Gäste haben Zutritt. Die am Sonntag, dem 11. Februar, fällige Monatsversammlung fällt aus, da am selben Tage nachmittags 5 Uhr im Evangelischen Vereinshause der zweite große Volksunterhaltungsabend stattfindet.

X **Der Posener Handwerkerverein** veranstaltet am Dienstag 6. Februar, abends 7½ Uhr, im Evangelischen Vereinshause einen Vortragsabend, bei dem Herr Georg Becker einen sehr zeitgemäßen Vortrag über „Existenzsorgen des Handwerks" halten wird. Näheres siehe aus der heutigen Anzeige.

Großes Theater. Jadwiga Dębicka singt heute, am Mittwoch, die Titelpartie in Puccinis „Madame Butterfly". Ihr Partner ist Herr Wojński. Musikalische Leitung: Direktor Stermich. — Am Freitag dieser Woche finden zwei Vorstellungen statt. Am Nachmittag wird Humperdincks „Hänsel und Gretel" zu halben Preisen gegeben, am Abend Mozarts „Entführung aus dem Serail". (Letztes hiesiges Auftreten der Frau Dębicka.) — Am Sonnabend: Halévys „Jüdin" mit Herrn Wolinski als Eleazar. — Vorverkauf bei Górski im Hotel Monopol.

Der polnische Pianist Aleksander Michałowski gibt am Montag, dem 5. Februar d. Js., im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses ein Konzert. Das Programm enthält ausschließlich Werke von Friedrich Chopin, als dessen Interpretator Michałowski einen besonders guten Ruf hat. — Kartenverkauf in der Zigarrenhandlung W. Górski (Hotel Monopol).

Polizeiliche Lebensmittelkontrolle. Im Dezember v. Js. fanden in 87 Milchverkaufsstellen polizeiliche Revisionen statt. 19 Milchproben wurden unter dem Verdacht der Fälschung der chemischen Untersuchung übergeben. Außerdem wurden chemisch untersucht: eine Weizenmehlprobe und ein Weinbrandprobe. Auf Reinlichkeit und Gesundheitsschädlichkeit wurden untersucht: 2362 Fleischverkaufsstellen, 56 Fleischwerkstätten, 168 Fischverkaufsstellen, 42 Bäckereien, 78 Lebensmittelgeschäft, 23 Cafés und Konditoreien, 44 Restaurants, 11 Destillen, 12 Milchläden und 24 Friseuranstalten. Auf Grund dieser Untersuchungen wurde der Strafantrag gestellt: gegen 6 Milchhändler und wegen Nichtersichtlichmachung des Preises an den Waren gegen 18 Geschäftsleute, außerdem wegen Verkaufs von nicht untersuchtem Fleisch gegen 1 Lebensmittelhändler. 410 Liter Milch wurden als gefälscht beschlagnahmt.

X **Keilerei mit Tanzvergnügen.** In der Nacht zum Montag kam es in Unterberg bei einem Tanzvergnügen im Sobczakschen Lokale zwischen den Gästen zu heftigen Streitigkeiten, die schließlich in eine wüste Keilerei ausarteten. Bei dieser Gelegenheit ließen die jungen Burschen, die in der Mehrzahl aus der Umgebung von Unterberg stammten, ihre ungezügelte Wut auch an der Einrichtung des Tanzlokals aus, zertrümmerten Gläser, Lampen, Tische, Stühle, Fensterscheiben usw. und richteten einen gewaltigen Sachschaden an. Vier Hauptbeteiligten wurde durch ihre Verhaftung Gelegenheit gegeben, über ihre offenbar unter dem Einflusse übermäßigen Alkoholgenusses verübten Heldentaten in abgeschlossener Klause nachzudenken.

X **Raubüberfall.** Sonnabend abend wurde ein Posener Seminarist in der Nähe des Bahnhofs Lettberg, Kreis Gnesen, als er sich auf dem Wege zum Besuch seiner Eltern befand, von drei bewaffneten Banditen überfallen und unter Bedrohung mit Revolvern ausgeplündert. Sie zogen ihm den Anzug aus, und als sie sich daranmachten, ihn noch seiner Stiefel zu berauben, wurden sie durch ein nahendes Fuhrwerk verscheucht. Der Überfallene hat einen schweren Nervenschock erlitten.

X **Diebstahl.** Aus einem Schuppen in der ul. Jasna 15 (fr. Buddestr.) wurden zwei Milchzentrifugen von je 75 Liter Inhalt und zwei hellgraue Überzieher im Gesamtwerte von 750 000 Mk. durch Einbruch gestohlen.

---

* **Birnbaum,** 29. Januar. Für unsere Stadt und die anliegenden Ortschaften ist seit einigen Tagen wegen eines festgestellten Tollwutfalles auf drei Monate Hundesperre angeordnet worden.

* **Gorzno, Kr. Strasburg,** 30. Januar. Einen Schaden von über einer Viertelmillion Mark erlitt hier auf dem letzten Wochenmarkte ein Händler aus dem Rypiner Kreise. Vier Burschen ließen sich je ein Paar Stiefel geben, die sie der schlechten Witterung wegen in einem Hause nahe dem Händlerstande anpassen wollten. Als längere Zeit verstrich, ohne daß die Burschen wiederkamen, hielt der Händler Nachschau und fand weder die Kauflustigen noch seine Stiefel vor.

□ **Konitz,** 30. Januar. Die hiesigen Pensionsmütter haben den Schülerpensionspreis für Januar auf 135,000 Mk. einschl. Zimmer, Heizung und Beleuchtung, den Pensionspreis für Selbständige von 150,000 Mk. an ohne Zimmer, Heizung, Beleuchtung und Bedienung festgesetzt.

hk. **Samotschin,** 30. Januar. Unter äußerst zahlreicher Beteiligung des hiesigen deutschen und auch polnischen Publikums beging am Sonntag der Männer-Turnverein Samotschin die Feier seines Stiftungsfestes. Nach einigen Konzertstücken der Breitenbachschen Kapelle wurde das Fest mit einem Einakter „Frau Ella" von zwei Damen und drei Herren eröffnet. Es folgten turnerische Vorführungen, wie Turnen am Bock, Pyramiden (Jugendriege und Männerriege), Keulenschwingen (drei Damen), Turnen am Barren und am Reck, sowie zum Schluß ein kleiner Scherz (Stettiner Sänger). Sämtliche Darbietungen, die mit großer Sicherheit und Gewandtheit ausgeführt wurden, fanden den reichsten Beifall der Gäste. Eine Verlosung bot den Loskäufern viele und wert-

---

Bücher und Zeitschriften.

Vereinigter Musiker-Kalender Hesse-Stern für das Jahr 1923. 45. Jahrgang, 3. Bände (1. Bd. Notizbuch, 2. und 3. Bd. Adreßbuch) gebunden M. 2550, — (einschließlich aller Zuschläge) Max Hesses Verlag, Berlin W. 15.

Die vorliegende Jahrgang stellt die Vereinigung von Hesses Deutschem Musikerkalender und dem von Dr. Stern herausgegebenen Allg. Musikerkalender dar. Der nunmehr einzige Musikerkalender vereinigt die anerkannten guten Einrichtungen der beiden früheren selbständigen Jahrbücher. Das dreibändige Handbuch ist von Grund auf umgearbeitet und enthält wieder ein allgemeines Notizbuch mit gutem Schreibpapier, Musikergeburts- und Sterbekalender, Verzeichnis der Bühnen, der deutschen und ausländischen Musikzeitschriften und Verbandsorgane sämtlicher Konzertdirektionen, Musikverleger, Verbände und Stiftungen. Ferner die große Liste der „Konzertierenden Künstler". Der Städteteil Band 2 und 3 bringt bei jedem Ort zunächst die Darstellung der musikalischen Verhältnisse und dann die Anschriften an ca. 30 000 Musikern, Musiklehrern, Musikschriftstellern, Musikfirmen, konzertierende Künstler usw. Kurz, das ca. 1300 Seiten starke Handbuch birgt eine solche Fülle sorgfältigst zusammengetragenen Materials, daß es für jeden, der irgendwie zur Musik in Beziehung steht, unentbehrlich genannt werden muß. Daß die Angaben aus den nichtdeutschen Staaten zum Teil den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechen, ist bei der Schwierigkeit, aus manchen Städten zuverlässige Informationen zu bekommen, kein Wunder. Posen ist freilich dabei besonders schlecht weggekommen. Mit dieser kleinen Einschränkung kann der Musiker-Kalender Hesse-Stern jedem, der irgendwie zur Musik in Beziehung steht, angelegentlichst empfohlen werden. Das Handbuch enthält auf seinen etwa 1300 Seiten eine Fülle wertvollen Materials.

*

Der Inhalt des Januarheftes der von Carl Lange in Oliva herausgegebenen „Ostdeutschen Monatshefte" (Verlag Georg Stilke, Danzig und Berlin) gewinnt besonderen Wert durch bisher unveröffentlichte Briefe von Turgeneff an Theodor Storm, denen Gertrud, Theodor Storms Tochter, eine warmherzig geschriebene Einleitung vorausschickt. Im Sommer 1865 lud Turgeneff den deutschen Dichter zu sich nach Baden-Baden ein. Storm folgte dieser Einladung. Nach seiner ersten Begegnung mit Turgeneff schreibt er an die Seinen: „Turgeneff ist einer der schönsten Männer, die ich jemals sah, eigentlich etwas fremdartig, aber höchst liebenswürdig." Die beiden Dichter fanden Gefallen aneinander, und aus dieser persönlichen Begegnung entstand ein Briefwechsel. Die jetzige Veröffentlichung umfaßt sechs Briefe Turgeneffs an Storm und zwei Briefe an Ludwig Pietsch. Ihnen entströmt der zarte Duft des Verkehrs zweier feiner, vornehmen Geister. — Einige beachtenswerte Aufsätze des Heftes sind der bildenden Kunst gewidmet: „Der Sinn der Kunst" von Heinrich Leis, „Willi Geisler" von Ludwig Bäte (mit 11 Bildern), „Daniel Chodowiecki, ein deutscher Künstler" von Adalbert Matthäi. Mit Gedichten sind vertreten Walter von Molo („Aus einem kommenden Buch"), Willibald Omankowski („Das Krantor"), Martin Barmann („Nacht"), Kurt Siemers („Die Terzinen für Mystica"). — In der „Rundschau" fällt jetzt besonders auf ein Bericht über die Wissenschaftliche Woche in Memel.

Vom „Evangelischen Kirchenblatt" (Monatsschrift für evangelisches Leben in Polen) ist die Nr. 4 ersten Jahrgangs (Januar 1923) erschienen. Von dem reichen Inhalt des 20 Seiten starken Heftes seien besonders die für Bewohner des Ostens, denen an einer klaren Vorstellung über die kirchlichen Verhältnisse liegt, wichtigen Aufsätze über die evangelisch-augsburgische Kirche in Kongreßpolen und über die griechisch-katholische Kirche in Rußland hervorgehoben. D. Staemmler behandelt die evangelischen Feiertage, Lic. Schneider den Stand der Leben-Jesu-Forschung und das Verhältnis des Christentums zur Mystik, Sup. Rhode die Stellung des evangelischen Christen zur Zeitung. — Das „Evang. Kirchenblatt" erscheint am 15. jeden Monats und ist bei der Geschäftsstelle des Evang. Preßverbandes in Polen zu Posen (Aleje Marcinkowskiego 26 II) zu bestellen. Der Bezugspreis beträgt gegenwärtig bei freier Zusendung 800 poln. M. vierteljährlich.

Kalenderreform.

Aus Neuyork kommt soeben die Nachricht, daß die dortige Handelskammer eine Entschließung angenommen habe, eine Kalenderreform zu unterstützen, nach deren Durchführung das Jahr in dreizehn Monate zu je 28 Tagen eingeteilt wäre. Außer anderen Vorteilen würde dann jedes Datum auf einen bestimmten Wochentag fallen. Diese Neuyorker Nachricht bringt die vor dem Weltkriege bereits recht stark im Gange gewesenen Bestrebungen, den Gregorianischen Kalender abzuändern, wieder in Fluß. Insbesondere hat es sich damals um Versuche von deutscher Seite gehandelt, den Ostertermin festzulegen. Bekanntlich wird Ostern, im Gegensatz zum Weihnachtsfest, in allen Ländern außer den nach dem griechisch-orthodoxen Ritus sich richtenden, am ersten Sonntage nach dem Frühlingsvollmond gefeiert. Ostern fällt somit innerhalb des Zeitraumes vom 22. März bis 23. April in jedem Jahr auf einen anderen Tag. Die Nachteile, die das Fehlen eines festen Ostertermins für das Wirtschaftsleben mit sich bringt, sind mancherlei Art. Daher ist es begreiflich, daß die ersten Anregungen, feste Ostern einzurichten, aus den Kreisen der Geschäftswelt kamen. Und zwar haben sich bereits im Jahre 1891 die vereinigten sächsischen Handelskammern für eine Festlegung des Osterfestes ausgesprochen, und im Jahre 1906 brachte die Ulmer Handelskammer die Osterfrage auf dem Deutschen Handelstage wieder zur Diskussion, die einige Jahre darauf von dem zu Prag abgehaltenen internationalen Handelskongreß weitergeführt wurde. Alle diese Bestrebungen verliefen indessen ohne nennenswertes Ergebnis, da die Kurie ihre Zustimmung zu einem festen Ostern davon abhängig machte, daß Rußland die neue Osterdatierung, zugleich mit dem Gregorianischen Kalender annehme. Rußland verhielt sich aber ablehnend, und so ruhten die internationalen Verhandlungen über eine Osterfixierung, bis ungefähr sechs Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges de Klerk für einen Normalkalender eintrat, in dem Ostern auf einen bestimmten Sonntag fallen würde. Im übrigen teilte der de Klerksche Normalkalender das Jahr in vier Teile zu je 91 Tagen. Mit dem besonders zu zählenden 365. Tage sollte das Jahr jemalig beginnen. Der Schalttag sollte ebenfalls außerhalb der regelmäßigen Tageszählung alle vier Jahre in die Mitte des Jahres zwischen 30. Juni und 31. Juni eingeschoben werden.

Auch dieser Vorschlag, die anerkannten Unzuträglichkeiten des Gregorianischen Kalender zu beseitigen, ist bisher nicht verwirklicht worden. Wohl aber meldete vor etwa Jahresfrist die englische Zeitung „Star", daß die Kurie neuerdings die Absicht habe, eine römische Konferenz zwecks Festlegung des Ostertermins einzuberufen. Die jetzt aus Neuyork vorliegende Meldung über einen amerikanischen Plan zur Kalenderreform hat vielleicht, da dieser Plan die Unterstützung der amerikanischen Handelswelt findet, Aussicht, die Kalenderfrage zu einer tatsächlichen Lösung zu bringen.

volle Gewinne. Der übliche Tanz, der durch komische Vorträge unterbrochen wurde, hielt Turner und Gäste noch lange vereint.

* Zirke, 30. Januar. Das Brückengeld ist seit vergangener Woche um das Dreifache erhöht. — Am letzten Wochenmarkt kam es auf dem Butter- und Eierstand zu recht unliebsamen Auftritten. Obwohl den heutigen Verhältnissen nach zwar hohe, aber keine übertriebenen Preise verlangt wurden, machten sich einige Burschen daran, den Landleuten mit Gewalt die Waren zu Preisen, die sie selbst festsetzten, abzunehmen, so daß die Verkäufer in Läden flüchten mußten und dort die Waren abgaben. Unter diesen Umständen muß damit gerechnet werden, daß in Zukunft die Wochenmärkte mit Butter und Eiern gar nicht oder nur wenig beschickt werden.

Briefkasten der Schriftleitung.

A. J. in Pl. 1. Der Vermerk in den Vormundschaftsakten über die Erbschaft ist gültig. Es wäre Pflicht des Vormunds des Kindes gewesen, dafür zu sorgen, daß bei dem Verkauf die Interessen des Mündels wahrgenommen wurden. Gegen den Verkauf jetzt etwas zu unternehmen halten wir für aussichtslos. 2. Die Mutter, wie der Vormund sind haftbar. 3. Die Sache dem Vormundschaftsgericht anzeigen. 4. Das ist ganz ausgeschlossen.

L. 10. Wenden Sie sich wegen eines Verzeichnisses der erforderlichen Papiere usw. an die deutsche Fürsorgestelle in Posen, Aleje Cyovina 3 a. (fr. Kirchbachallee).

K. P. 30. 1. Wir können Ihnen unmöglich im Briefkasten eine Abhandlung über die Aufgaben der Gemeinderäte und Gemeindeschöffen geben. 2. Ihre zweite Anfrage beantwortet sich aus dem Artikel „Die Gemeindewahlen usw." in der Donnerstagausgabe (Nr. 19) des „Pos. Tageblatt".

Klavier. 1. Derartige deutsche Geschäfte gibt es in der Stadt Posen nicht mehr. 2. Drei bis fünf Millionen Mark. 3. Einen derartigen Sachverständigen in Posen würden wir Ihnen bei mündlicher Rücksprache in unserer Schriftleitung gern nennen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Die Zigarettenfabrik „Patria"** erhöht ihr Aktienkapital um 215 Millionen auf die Gesamthöhe von 350 Millionen Mark. Alle Aktien hat die Polnische Handelsbank (Polski Bank Handlowy) übernommen mit der Verpflichtung, den bisherigen Aktionären für jede nom. 1000 Mk. der bisherigen Aktien 4100 Mk. pro Stück plus 12 Proz. vom 1. Januar 1923 zu offerieren. Die bisherigen Aktien sind ohne Talons und Kupons bis zum 15. Februar in den Mittagsstunden in der Polski Bank Handlowy, Plac Wolności 11, Abteilung für Wertpapiere, zwecks Abstempelung und Durchführung des Zukaufs vorzulegen. Nach Ablauf dieses Termins verfällt das Zukaufsrecht.

= **Preiserhöhung für Thomasmehl.** Eine Verordnung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bringt eine Erhöhung der Höchstpreise für Thomasmehl. Die Preise betragen ab 1. Februar 1923 für 1 Kg.-Proz. Gesamtphosphorsäure 321,20 M., für 1 Kg.-Proz. zitronensäurelösliche Phosphorsäure 377,85 M. Zwecks Aufbringung weiterer Mittel zur Einfuhr ausländischer Phosphorsäure kommt neben den oben genannten Preisen eine Umlage zur Erhebung, die für 1 Kg.-Proz. Gesamtphosphorsäure 103,80 Mark, für 1 Kg.-Proz. zitronensäurelösliche Phosphorsäure 12,15 M. beträgt. Des weiteren haben angesichts der eingetretenen Verteuerungen die Sackzuschläge für Thomasmehl erhöht werden müssen.

Warschauer Kurse vom 31. Januar.

Deutsche Reichsmark .... 0.80.
Dollar .... 37 500—38 400.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 31. Januar 1923.

(Ohne Gewähr.)
(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	100 000—110 000	Felderbsen	—.—
Roggen	90 000—98 000	Viktoriaerbsen	—.—
Braugerste	70000—75 000	Serradella	120 000—150 000
Weizenmehl 65 (inkl. Säcke)	165 000—175 000	Buchweizen	50 000—55 000
Roggenmehl 7 (inkl. Säcke)	145 000—153 000	Weizenkleie	50 000
		Roggenkleie	50 000
		Fabrikkartoffeln	——

Starke Nachfrage bei kleiner Zufuhr. — Stimmung: fest.

Warschauer Börse vom 30. Januar.

Valuten:

Dollar der Vereinigten Staaten 37 000, 35 650,
Französische Franken 2235 2210.

Devisen:

Belgien	2000 1980	Paris	2100 2275 2100
Berlin	0.83	Prag	1000 1010
London	163 000, 170 500, 165 000,	Schweiz	6900 6850
Neuyork	36 800, 35 650	Wien	55 54,
Italien	1715.	Holland	15 000, 14 800

Danziger Mittagskurse vom 31. Januar.

Die polnische Mark in Danzig (Geld) .. 121
Der Dollar in Danzig (Geld) 48 000

Berliner Produktenbericht vom 29. Januar.

Amtliche Produktenbörse, per 50 kg in Mark.

Weizen		**Roggenmehl**	
märkischer	50000—53000	für 100 kg	120000—130 000
pommerscher	—	Weizenkleie	29000—30 000
schlesischer	—	Roggenkleie	29000—31000
Roggen		Raps	60 000—72000
märkischer	45000—48000	Leinsaat	—
westpreußischer	—	**Hülsenfrüchte**	
schlesischer	—	Viktoriaerbsen	70000—72000
Gerste		kl. Speiseerbsen	60000—65 000
Sommergerste	—	Futtererbsen	—
märkische	41000—43000	Peluschken	—
Hafer		Ackerbohnen	—
märkischer	36000—38000	Wicken	—
pommerscher	—	Blaue Lupinen	—
schlesischer	35000—37000	Gelbe	—
mecklenburger	—	Serradella	10 000—115000
Mais		Rapskuchen	35000—36 000
loko Berlin	—	Trockenschnitzel	17000—18 000
frei Hamburg	—	Zuckerschnitzel	24 000—25 000
Weizenmehl		Torfmelasse	10000—110 0
für 100 kg	135000—145000	Kartoffelflocken	26000—2 000

= **Hamburger Cifnotierungen für Importgetreide.** Weizen man. I 12,90 Fl., Mais, am. mix. 9,3 Fl. gelb La Plata fcg. 9,30 Fl., lose gesackt. Gerste. Donau 62/63 Kg. 8,90 Fl., Roggen. Western II 10,90 Fl., La Plata Leinsaat 21,80 Fl., Weizenkleie 7,25 Fl., Pollards 7 Fl. Kurs 13 890 bis 13 260

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Bankaktien:	29. Januar	30. Januar
Bank Kredytowy w Warszawie	2900 +	—.—
Kwilecki, Potocki i Ska	3000 + A	—.—
Bank Przemysłowców (ex. Zukaufsr.)	925—1000 N	1150—1200 + N
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X Em	1500—1550 + N	1600 + N
Polski Bank Handlowy, Poznań	2000 + A	2000 + A
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em	700 + A	650 + N
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	800—900 + A	850 + A
Bank Młynarzy	375 —	——
Industrieaktien:		
Arcona	2300 + A	2100 + A
Bydgoska Fabryka Mydeł	800—750 + A	800 850 + A
R. Barcikowski (exkl. Kup.)	1600—1700 + A	1700 + N
Browar Krotoszyński (exkl. Kup.)	4000—4200 + N	4500 +
Brzeski Auto I.—II. Em	1850—1750 + N	900 + A
H. Cegielski I.—VIII. Em.	8700—9000 + N	9400—915 + N
Centrala Rolników I.—V. Em.	—.—	675—650 + A
Centrala Skór	2000 + A	2800 + A
Dębiensko	——	2500—2650 + A
L. Hartwig I.—V. Em. (exkl. Kup.	2100—2000 + A	1950—1900 + A
Hartwig Kantorowicz	7000 6500 + N	——
Hurtownia Drogeryjna	350—375 +	375 + A
Hurtownia Związkowa	375 340 + A	340—330 + N
Hurtownia Skór I.—II. Em.	1000 + A	1000 95 +
Herzfeld-Viktorius	3300—3500 + A	3700—3600 + A
Juno	1400 N	1500—1450 + N
Lubań, Fabryka przetw. ziemn.	60 000 + N	61 000 + N
Dr. Roman May	2000 +	2000—2300 + N
Młyny i Tartaki Wągrow. I.—II. Em.	4300 + N	——
Młyn Ziemiański	2300 2200 + A	2200 + A
Orient	750 +	775 + N
Płótno	1500 + N	1500 + A
Pawernia, Bydgoszcz	—.—	2600 2500 + A
Patria	1800—1700 bis 1750 + A	1700 + A
Pozn. Spółka Drzewna I.—VI Em.	5100—4300 + A	1600—4000 bis 4500. + N
Bracia Stabrowscy (Zapałki)	3800—4000 + A	4 00 + A
Spółka Stolarska	5000 + A	5000 + A
Sumatra I.—II. Em.	2800 + A	—.—
Tkanina	1050 + A	——
„Unja" (früher Venzki) I. u. II Em	4900—4800 + A	4900—4700 + A
Waggon Ostrowo	1800—1750 + N	2000 + N
Wisła Bydgoszcz	18 000 + N	1700—1800 0 + N
Włókno	1200 + N	1200 + N
Wytwórnia Chemiczna I.—III. Em	1450—1500 + N	155—1 00 + A
Zar I. u. II. Em.	2000 +	3000 + N
Zjedn. Browary Grodziskie	5000—4900 + N	5000—5500 + N

Valuten und Devisen.

Auszahlung Berlin 0,98—0,98. Umsatz: 113 000 000 dtsch. Mk.
A Angebot, N Nachfrage, + = Umsatz.

Posener Viehmarkt vom 31. Januar 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder: Färsen und Kühe:** I. Sorte 300 000—320 000 M., Sorte 250 000—270 000 M., II. Sorte 210 000 220 000 M. — Kälber: I. Sorte 350 000 — 370 000 M. II. Sorte 300 000—330 000 M.

II. **Schafe** I. Sorte 300 000—320 000 M. II. Sorte 260 000 M.

III. **Schweine:** I. Sorte 560 000—570 000 M. II. Sorte 540 000—550 000 M. III. Sorte 490 000—520 000 M.

Der Auftrieb betrug: 480 Rinder 320 Kälber, 505 Schafe, 2 Ziegen 1014 Schweine. — Tendenz: lebhaft.

Da nächsten **Freitag**, des gesetzlichen Feiertags wegen, das **Posener Tageblatt** nicht erscheint, bitten wir, uns die für diesen Tag bestimmten Anzeigen schon am **Donnerstag** vormittags rechtzeitig einzusenden.

Geschäftsstelle des Posener Tageblatts.